



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

23.06.1932 (Nr. 133)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Donnerstag, 23. Juni 1932 • Nummer 133

Bertrag Volt und Hoff!

Hg. Studentent Dr. n. Hoff hält heute abend 20.30 Uhr vor Mitgliedern und eingeladenen Gästen einen großangelegten Lichtbild-Bertrag über „Volt und Hoff“, 20.30 Uhr in Gitters Kasse, Hemmstraße. Aufstehend wird auch noch Hg. Pfeiffer, MdB., sprechen.

Heute Sektion Vintennort!

Heute, 20.30 Uhr, bei Kadebort, Neuenlanderstraße. Hg. Heider spricht über „Der Kampf um die letzte Entscheidung“. — Wirtschaftstragen. — Erscheinen ist Pflicht. Gäste sind willkommen.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Schiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Schiele, Geschäftsstelle Papenstraße 15. Redaktion Langebr. 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domsb. 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.50 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Auslieferung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspre.

Anzeigenberechnung: beilige die 10 gepaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Sertell RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengelude RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Nachvorschriften ohne Verbindlichkeit.

SPD. für Kopfsteuer

Allein die NSDAP. kämpft gegen die Notverordnungspolitik

Im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, wonach das Einkommensteuergesetz, die Kopfsteuer (Bürgersteuer), die Bier- und Getränkesteuer zu beseitigen und durch Ersparungen bei den sachlichen Ausgaben zu ersetzen. Steuerpflichtiger mit einem Einkommen bis zu 3000 RM. sollen von der Einkommensteuer befreit werden.

Mit dieser Abkündigung ist die SPD. hier in Bremen die Volkszeitung, mit ihrer Hege gegen die NSDAP. festgenagelt. Weil es es ihnen nicht in den Kram paßt, setzen sie über die Notverordnung der Regierung Papen. Wir Nationalsozialisten, die im Gegensatz zu den Arbeiterverrättern von der SPD. von Unbeginn gegen die sozialreaktionären Notverordnungen des Systems Sturm gelaufen sind, befreiten der Partei, die die von uns geforderte Aufhebung der 4. Not-

lage. Die Auswirkung der Kopfsteuer von 12 Pf. pro Kilogramm bedarf einer besonderen Unterbrechung.

Hier ist ebenfalls eine Kopfsteuer schlimmer als die Kopfsteuer beim besten Willen nicht mehr Salz verschicken kann als der arme Wohlfahrtsverwahrloste. Der Lebenspreis für ein Kilogramm gewöhnliches Kochsalz beträgt im Augenblick 14 Pf. Nach Antrags-

treten der neuen Salzsteuer wird dieser Preis 20—27 Pf. betragen.

Es ist höchste Zeit, daß die Verantwortung im Staat von Kräften übernommen wird, die auf den nicht mehr abzuleugnenden Zusammenbruch des deutschen Volkes mit anderen Maßnahmen zu reagieren verstehen, als mit Abwälzung der Kosten und Unterfütterung einerseits und mit Kostenüberwälzung andererseits.

Hoover macht Abrüstungsvorschlag

Genf, 22. Juni.

Die Abrüstungskonferenz zeigt nach wochenlanger Ruhe wieder das Bild eines ganz großen Tages. Die unerwartet auf amerikanischen Antrag beschlossene Einberufung des Hauptplanungskomitees der vier großen Nationen, die ursprünglich erst in etwa zehn Tagen zusammenzutreten sollte, hat plötzlich der Konferenz einen neuen Auftrieb gegeben.

Die leitenden Staatsmänner der europäischen Großmächte sind anwesend. Reichsaussenminister Freiler von Rantzau an der Spitze der deutschen Delegation, Grandi, Simon, der amerikanische Vizepräsident, fast sämtliche Außenminister der übrigen europäischen Mächte. Das allgemeine Interesse richtet sich ausschließlich auf den amerikanischen Vorschlag Gibbons.

Herabsetzung um ein Drittel

Unter atemloser Stille verlas der amerikanische Vizepräsident Gibbons am Mittwoch nachmittag in der Sitzung des Hauptplanungskomitees der Abrüstungskonferenz Hoovers Vorschlag, die eine Abrüstung sämtlicher Waffentypen in der Welt mit Ausnahme der Waffentypen Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens um ein Drittel vorzuschlagen. Ferner sollen sämtliche Tanks, die chemischen Kriegswaffen und die schwere bewegliche Artillerie abgebaut werden. Sämtliche Staaten sollen eine Armee annehmen, die den Polizeinotwendigkeiten entspricht und im Verhältnis steht zu den deutschen im Versailles Vertrag eingeräumten Streitkräften. Auf dem Gebiet der Militärausrüstung sollen die Bombenflugzeuge ganz abgebaut werden. Die Gesamttonnage der Linienfahrzeuge soll um ein Drittel, die der Flugzeugmutterfahrzeuge um ein Viertel herabgesetzt werden. Kein Staat soll mehr als 35 000 Tonnen U-Bootboote besitzen.

Nach Gibbons sprach sofort der englische Außenminister Simon, der der Erklärung im allgemeinen zustimmte, in der Frage der Flottenrüstung jedoch noch weiter ging.

Die englische Regierung wünschte eine über die amerikanischen Vorschläge hinausgehende Verminderung der Flottenrüstungen, insbesondere völlige Abschaffung der U-Bootboote oder zumindest Herabsetzung einer Gesamttonnage von 250 000 Tonnen für das U-Boot. Für die Großkampfschiffe müsse eine niedrigere Höchstgrenze als die

des Londoner und Washingtoner Flottenabkommens von 35 000 festgelegt werden.

Der französische Kriegsminister Paul Boncour gab nach dem englischen Außenminister Simon eine Erklärung zu dem neuen großen Abrüstungsplan des amerikanischen Präsidenten Hoover ab, die nur als eine glatte Ablehnung des amerikanischen Vorschlages anzusehen ist. Paul Boncour verlangte, daß der amerikanische Plan von der Abrüstungskonferenz gemeinsam mit dem Vorschlag der französischen Regierung zur Organisation der internationalen Sicherheit behandelt werde.

Nach Paul Boncour sprach dann der italienische Außenminister Grandi, der den amerikanischen Vorschlägen rückhaltlos zustimmte. Seine Rede wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Vizepräsident Radolich erklärte darauf für die deutsche Regierung deren Zustimmung und führte aus, daß er hoffe, daß man zu noch weitergehenden Herabsetzungen kommen werde. Je stärker die Herabsetzung der Waffentypen, umso leichter werde das Problem der Wiederherstellung der Gleichheit erreicht werden.

Der Grundgedanke der Gleichheit bilde eine der entscheidendsten Bedingungen für den Enderfolg der Abrüstungskonferenz.

Amerika überrascht

Washington, 22. Juni. Hoovers Vorschläge für die Abrüstung waren für die amerikanischen Regierungskreise eine völlige Überraschung. Im Senat lösten sie teils Anerkennung, teils Kritik aus. Der bekannte Senator Borah betonte nachdrücklich sein Einverständnis mit den Vorschlägen und erklärte, die Weltabrüstung sei eine fährende Notwendigkeit und ein Erfolg der Abrüstungskonferenz würde eine Weltkatastrophe sein.

Keine große Aussprache

Genf, 22. Juni. Die Verhandlungen des Hauptplanungskomitees der Abrüstungskonferenz sind nach den Erklärungen der Großmächte zu dem neuen Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wiederum auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Es besteht somit unzulängliche die Gefahr, daß die große Initiative der amerikanischen Regierung wiederum ohne praktischen Erfolg bleibt.

Dessau voran!

Dessau, 22. Juni. In der Sitzung des Kuratoriums des Friedrich-Theaters am 21. Juni wurde, nachdem die gleiche An gelegenheit bereits in vorhergehenden Kuratoriumssitzungen lebhaft, erörtert wor-

den war, ein Antrag des nationalsozialistischen Stadtverordnetenvorstehers Hofmann, M. b. L., angenommen, wonach künftig grundsätzlich keine Anstellung oder Verwendung jüdischer Kräfte am Theater erfolgen darf.

Die volkswirtschaftliche Bilanz des Systems

Von Werner Dais,

Mitglied des Reichswirtschaftsrats der NSDAP.

Unsere nationalsozialistische Wirtschaftslehre will an Stelle der herrschenden liberalistischen und marxistischen Dogmen, die aus reiner Intellektualität und mittelalterlicher Scholastik geboren wurden — die organische Gesamtheit der Wirtschaftskräfte ergreifen, und hierauf wieder einer natürlichen und gebundenen Wirtschaftsaufbau errichten, der deshalb in allen Einzelheiten national und sozial sein wird. Es ist also das Bestreben des Nationalsozialismus, auch die Wirtschaft in den Rang der empirischen Wissenschaften zu erheben. Wir werden deshalb in ganz anderem Maße, als die bisherigen zünftigen Wirtschaftslehren und -lehrer, die stets hinter der Einbildung der Dinge herliefen, die empirischen Grundlagen der Wirtschaft und ihren unendlichen lebendigen Zusammenhang mit den übrigen Volkswirtschaften ergreifen, und zum organischen Aufbau zusammenfassen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und die politischen Ämter werden darum eine ganz besondere Pflege erfahren.

Denn man kann ganz nüchtern und sachlich die Strukturverhältnisse der heutigen Wirtschaftslage gegenüber dem Stand von 1913 feststellen will, so bietet sich das folgende Bild:

Die Produktionsmittel (Schwarte) der gesamten deutschen Volkswirtschaft, bestehend aus landwirtschaftlichen, Verkehrs- und Schiffahrtsbetrieben, Hauswirtschaft usw. von schätzungsweise etwa 300 Milliarden, erfordern zu ihrem Betrieb eine innerbetriebliche Kreditmenge (flüssige Mittel) von etwa 120 Milliarden und als Kassenbestand zur Abdeckung der Spitzen der Kredite etwa 6 Milliarden Noten, Gold- und Silbermünzen. Mit diesen Betriebsmitteln von 130 Milliarden Krediten und ca. 6 Milliarden Kassenbestand wurde durch die Volkswirtschaft des gesamten Volkes und mit Hilfe des gesamten Produktionsapparates von etwa 300 Milliarden ein Volkseinkommen von jährlich etwa 60 Milliarden erzeugt. Hiervon verblieben nach Abzug von Verzehr, Bekleidung, Erneuerung und teilweise auch Vergrößerung der Anlagen ein Nettoüberschuss von etwa 5 bis 6 Milliarden. Dieser Betrag stellte gewissermaßen den Zuwachs an Substanz dar, der durch die Arbeit des gesamten deutschen Volkswirtschaftsorganismus über den Umlauf (Geldverleihen) und den Sättelkreislauf (Kreditmenge) als Endergebnis erzeugt wurde. Wir hatten also eine gewinnende, aus eigener Kraft wachsende Volkswirtschaft, die mit einem aktiven Produktionszuwachs, d. h. einem Überschuss von etwa 6 Milliarden abschloß. Dieses Ergebnis war aber nur möglich, weil Sparfähigkeit, Fleiß und anständige Bemühen noch immer die Grundlage der Arbeit bildeten. Jedenfalls herrschte diese in Verwaltungssystem, dem traditionellen Helfers-Helfers-Verhältnis, während die private Wirtschaft vielfach schon in erheblichem Maße neuzeitlich angekränkt war. Wie ist nun der heutige Stand der Dinge?

Volkswirtschaft, Produktionsmittel und der Kassenbestand von ca. 6 Milliarden Geldscheinen sind dieselben geblieben. Das ist aber geändert hat, das ist das Großgeld, die innerbetriebliche Kreditmenge. Diese ist von 120 Milliarden (1913) auf ca. 65 Milliarden zusammengeschmolzen. Also ein un-

verordnung im Reichstag verhinderte, das Recht, gegen die Notverordnung der Regierung Papen zu wettren. Wir Nationalsozialisten dagegen haben bis zum heutigen Tage alle Notverordnungen und jede Sozialreaktion bekämpft und haben deshalb das Recht und die Fähigkeit, das schaffende deutsche Volk gegen die jüngste Notverordnung aufzurufen, in deren Geist der Geist der Aera Brüning-Heimann-Brann, der Geist der von der SPD. genehmigten 4. Notverordnung lebendig ist. Und so haben wir schärfsten Eindruck erhoben gegen die letzte Notverordnung, die furchtbare neue Opfer gerade den sozial und wirtschaftlich Schwachen auferlegt hat, ohne auch nur den leisesten Anlaß zu einer aktiven Kampfbekämpfung aufzuweisen.

Die unerträglichen Folgen der neuen Leistungskürzungen für Gewerkschaften, Invaliden, Alte, Witwen und Waisen liegen klar zu-

geherrlicher Betriebsmittelschwund, der der Hauptgrund dafür ist, daß heute nur noch 50 bis 60 Prozent der gesamten deutschen Produktionsmittel bewegt und betrieben werden können. Der übrige Wirtschaftsschatz ist erstarrt, eingefroren und infolgedessen arbeitsunfähig. Und damit sind 6 bis 7 Millionen Volksgenossen arbeitslos geworden. Der deutsche Volkswirtschafts-Organismus leidet also an einem Säfteleiden, während die Blutmenge, d. h. die Geldmenge, unverändert geblieben ist. Der Geldschleier, die unveränderte Menge der Geldzeichen des Rasenbestandes hat bis heute immer wieder das Volk darüber getäuscht und ihm nicht offenbar werden lassen, daß hinter diesem Geldschleier ein ungeheurer Verzehrer an Betriebsmitteln erfolgte. Wohl empfand der gesunde Instinkt des Volkes, daß der Wirtschaftszusammenbruch an einer heimlichen Auszehrung litt, doch wurde ihm die Krankheitsursache nicht erkennbar.

Was ist nun die Ursache? Auch hier läßt der Nationalsozialismus wieder die nächsten Tatsachen und Statistiken sprechen, die von dem heute gekürzten System bisher verschleiert und verdunkelt wurden. Während im Jahre 1913 die Haushalte von vier, Fänder und Gemeinden, sowie von Meer und Marine (1,4 Milliarden) insgesamt nur 8,4 Milliarden betrugen, wurden dieselben Kosten von dem 1918 zur Herrschaft gelangten System der jüdischen Demokratie und des intellektuellen Jenseins auf rund 28,5 Milliarden (1930) aufgebläht. Da auch das Volkseinkommen im Jahre 1930-31 wiederum dasselbe war, wie im Jahre 1913, so beanspruchte also die öffentliche Hand im Jahre 1930-31 etwa 17 Pzt. des gesamten Volkseinkommens, statt etwa 15 Pzt. im Jahre 1913. Jedem Unternehmer ist klar, daß, wenn er bei gleichbleibendem Einkommen durch verschwendliche oder nachlässige Geschäftsführung seinen Unfollensatz von 15 Pzt. auf 17 Pzt. heraufschraubt, nicht nur der frühere Ueberfluß seiner wirtschaftlichen Betätigung verloren geht, sondern auch das Betriebskapital seines Unternehmens verzehrt wird. Genau so ist es bei den deutschen Volkswirtschaft ergangen. Die unerhörte und unverantwortliche Geschäftsführung des Systems hat die im Jahre 1913 mit etwa 5 bis 6 Milliarden aktive Produktionskraft in eine Unterbilanz verwandelt, die immer tiefer in den Bereich der Zahlungsunfähigkeit versinken mußte und so den zunehmenden Betriebsmittelschwund, die Verringerung der innerdeutschen Kreditmenge von 120 Milliarden auf etwa 65 Milliarden bewirkte, während die Geldmenge, wie erwähnt, unverändert blieb. Die Tribute im Verein mit den ungeheuerlichen innerwirtschaftlichen Schleifungen, die unverantwortliche Geschäftsführung des Systems haben diesen Zustand herbeigeführt.

Nachdem nun die Tributleistungen seit einem Jahr endgültig eingestellt sind und die Zinszahlungen an den Ausland ebenfalls in kürzester Frist eingestellt werden müssen (wegen Mangel des Ausfuhrüberschusses) und auch später nur in einem beschränkten Umfang nach Maßgabe einer aktiven Außenhandelsbilanz wieder aufgenommen werden können (von einem Abtrag der Auslandsschuldung vorläufig ganz zu schweigen) — hat sich damit auf das Deutsche Reich, daß eine rückstandslosige Rückführung der Reichs-, Länder- und Kommunalhaushalte mindestens auf den Stand von 1913 die erste unumgängliche Maßnahme ist, um den weiteren Betriebsmittelschwund zu begegnen. Diese Kosten müssen also auf etwa 7,1 Milliarden durch Abbau aller unnötigen Ausgaben, mit denen sie in der Zwischenzeit vom System aufgebläht wurden, rückstandslos reduziert werden. Innerhalb dieses Abbaues bleibt trotzdem noch die Möglichkeit, den Reichs- und Marineetat, der heute nur 0,7 Milliarden beträgt, wieder auf 2,1 Milliarden zu erhöhen, seinen Stand von 1913. Dagegen ist es nicht möglich, in gleicher Weise die heutigen Kosten für die Arbeitslosen in Höhe von etwa 5 Milliarden und der inneren Kriegskosten in Höhe von 1,7 Milliarden, zusammen 6,7 Milliarden abzubauen, so daß diese Kosten zu den Einnahmen von 1913, nämlich 7,1 Milliarden plus soziale Versicherungen von 1,3 Milliarden, gleich insgesamt ca. 15,1 Milliarden hinzutreten müßten. Mit einer Entlastung auf diese Ziffer von etwa 15 bis 16 Milliarden, die zugleich die Wiederherstellung einer sauberen und verantwortungsbewußten Geschäftsführung der deutschen Volkswirtschaft und Staatsverwaltung in sich schließt, wird zugleich die Passivität der volkswirtschaftlichen Produktionsbilanz behoben. Ein nennenswerter Ueberfluß kann damit aber immer noch nicht erzielt werden. Es wird also so wenigstens erst einmal das Loch verstopft, aus dem heute die Einnahme, d. h. die Betriebsmittel des Wirtschaftszusammenbruchs, unausfließlich hervorspringen. Der Betriebsmittelschwund wird abgeköpft und damit auch die sonst unermesslich fortwährende Arbeitslosigkeit unterbunden. Ein ungeheurer Vorteil.

Der nächste Schritt zur Wiederherstellung einer aktiven Produktionsbilanz, d. h. eines volkswirtschaftlichen Ueberflusses und vor-

allem auch der Wiedereingliederung der 6 bis 7 Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, ist nur auf dem Wege über das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm und seine Finanzierung mittels der produktiven Kreditbeschaffung möglich. Da es eben, wie wir sahen, an genügenden Betriebsmitteln fehlt, um den gesamten Produktionsapparat der deutschen Volkswirtschaft zu betreiben und damit allen, die fehlenden Betriebsmittel aus behelfsmäßiger Erlass erzeugt werden. Da die mit der produktiven Kreditbeschaffung unloslich verbundene Zinsentlastung dafür Sorge trägt, daß nicht nur die Landwirtschaft wieder zu einem gesunden, Ueberfluß bringenden Betriebe wird, sondern auch die kalkulationsfähigen jedes einzelnen gewerblichen Unternehmens und Sachverwalters verbessert, und das heutige Mißverhältnis zwischen Sachwerten und flüssigen Mitteln forciert wird, so wird immer wieder die Produktionsausweitung durch die im volks-

Pg. Kerl endgültig zum Landtagspräsidenten gewählt

Berlin, 22. Juni. Die mit großer Spannung erwartete Sitzung des Preussischen Landtags wurde von Präsident Kerl bei harter Besetzung des Hauses um 14.15 Uhr eröffnet. Die Tribünen sind überfüllt. Auch Pressephotographen sind zahlreich vertreten. Auf der Regierungsbank haben Beamte des Justizministeriums Platz genommen.

Zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete sind in SA- und SS-Uniform erschienen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Annahmeentwürfe, zu der zunächst der Sozialdemokrat Gehrmann eine Erklärung abgibt, die sich mit den Ausführungen Pg. Dr. Kerls über Kuttner befaßt. Zur Annahme selbst erklärt er, daß auch die SPD einer geglätteten Fassung zustimmen würde. Pg. Kube antwortet dem Sozialdemokraten sofort auf seine Ausführungen über Pg. Dr. Kerl, ohne zur Annahme selbst Stellung zu nehmen. Hierauf begründet Abg. Kube (NSDAP) einen Änderungsantrag zu den Dienststrafverfahren gegen Beamte, nach dem Beamte, gegen die ein Verfahren wegen separatistischer Untertun durchgeföhrt worden ist, nicht amnestiert werden.

Mit der Annahme der verschiedenen nationalsozialistischen, deutschen und kommunistischen Anträge endet die zweite Lesung der Annahmeentwürfe.

Die Wahl

Das Haus wendet sich dann der Präsidentenwahl zu.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Pled (NSDAP), der die bedingungslose Vereidigung seiner Fraktion, mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten zusammenzugehen, zum Ausdruck bringt, um die Wahl einer Mehrheit vom Zentrum bis zu den Kommunisten um eine Stunde unterbrochen.

Am 17.15 wird die Sitzung wieder eröffnet. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Zentrum den kommunistischen Vorschlag abgelehnt hat. Abg. Kube (NSDAP) schlägt dem Abg. Kerl zum endgültigen Präsidenten des Landtags vor. Nach der Auszählung stellt Präsident Kerl (NSDAP) folgendes Ergebnis fest: Es sind 405 Stimmen abgegeben worden, 64 Stimmgeld (des Zentrums) waren unbeschrieben. Es sind abgegeben worden 197 Stimmen für den Abg. Kerl (NSDAP), 91 Stimmen für den Abg. Wittmann (SPD) und 53 Stimmen für den Abgeordneten Kasper (NSDAP).

Damit ist der Abg. Kerl (NSDAP) mit absoluter Mehrheit endgültig zum Präsidenten gewählt. Diese Feststellung wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Händeklatschen aufgenommen. Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Hierzu gibt Abg. Kube (NSDAP) eine Erklärung ab, daß seine Fraktion den Abg. Kries (NSDAP) zum ersten Vizepräsidenten vorschlägt, nachdem sich die Sozialdemokraten dem üblichen Brauch entzogen und gegen die ständige Fraktion einen eigenen Gegenkandidaten aufgestellt und gewählt hätte.

Bei der Wahl entfallen auf Dr. v. Kries (NSDAP) 192 und auf den Abg. Wittmann (SPD) 162 Stimmen, so daß eine Stichwahl stattfindet, in der Dr. v. Kries gewählt wird.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird der Abg. Baumhoff (Zentrum), zum dritten Vizepräsidenten Pg. Kasse gewählt. Abg. Baumhoff behält sich seine Zustimmung jedoch noch vor.

Um den Ministerpräsidenten

Für die Deutschnationalen erklärt Abg. Borchers die Verlegung gemacht werden, einen Ministerpräsidenten zu wählen, worauf Pg. Kube erwidert:

Die Nationalsozialisten hätten nicht den geringsten Anlaß, irgendeine die Schmeicheleien des Stabinschen Braun, das sich mit Hilfe der Geschäftsordnungsgebung am Ruder hatte, zu beenden.

Anfangs der Sitzung des Volkes seien die Nationalsozialisten zur Übernahme der vollen Verantwortung bereit. Die Regierungsparteien hätten aber diese Machtübernahme durch die Geschäftsordnungsgebung unmöglich gemacht, kleine

wirtschaftlichen Querschnitt vor sich gehende Warenherstellung, die sich im Verlaufe der staatlichen Unterbringungskäufe automatisch ergibt, gelte, und nur ihr Ueberfluß bleibe als reiner Betriebsmittelschwund zu reiner Ueberflut. Daß durch die produktive Kreditbeschaffung niemals inflatorische Auswirkungen entstehen können, sofern sie im volkswirtschaftlichen Querschnitt der Warenherzeugung angelegt wird, d. h. ein über den volkswirtschaftlichen Durchschnitt hinausgehender Verzehrer oder Investierung vermieden wird, also echte Betriebskredite gegeben werden, haben andere Autoren und ich genügend oft dargelegt. Mit Hilfe der produktiven Kreditbeschaffung wird es so möglich sein, trotz der Illiquidität der deutschen Volkswirtschaft, trotz der durch das System verwirklichten Betriebsmittel als Volksgenossen nach und nach wieder in Arbeit und Brot zu bringen und allmählich die volkswirtschaftlich notwendige Betriebsmittelmenge wieder zu verarbeiten. Denn: Im Anfang war die Arbeit!

Parteien könnten es sich leisten, hier demonstrative Schritte zu unternehmen. Die Nationalsozialisten seien nicht in der Lage, dieses Theater mitzumachen, hier einen Führer herauszuheben, der dann nicht gewählt werde. Sie würden sich das Geheiß des Handelns von seiner Seite vorschreiben lassen.

Abg. Pled (NSDAP) wirft den Nationalsozialisten Schiebung in der Frage der Ministerpräsidentenwahl vor.

Abg. Kube (NSDAP) fragt, wie die Kommunisten von Schiebung reden könnten, nachdem sie heute den Sozialdemokraten und dem Zentrum jenes Angebot gemacht hätten. Wenn der Abg. Pled an Stelle von Braun nötigensfalls ein nationalsozialistisches Kabinett haben wolle, so brauche er nur für die Verrückung der Geschäftsordnung einzutreten. Dann würden aber auch die Mandatanten der Kommunisten brauchen im Lande aufhören und dann würde auch in Berlin für Ordnung gesorgt werden können. In diesem Augenblick würden in Moskau Nationalsozialisten einzeln abgeklagt und der Polizeipräsident fge hier und zu seine Pflicht nicht.

Abg. Griesing (SPD) erklärt, es sei seine eigene Angelegenheit, wo er seine Pflicht tue. (Unruhe rechts.)

Die Ausführungen des Redners werden von den Nationalsozialisten mit anhaltender Unruhe begleitet. Präsident Kerl gelangt es nur mit größter Mühe, die Ordnung im Saal aufrecht zu erhalten und setzt es schließlich durch, daß die Abgeordneten ihre Plätze wieder einnehmen.

Abg. Graf Helldorf (NSDAP) erklärt, er habe heute beim Polizeipräsidenten Berlin um Schutz gebeten für 25 von den Kommunisten bedrohte SA-Männer, die in einem Lokal eingeschlossen seien.

Der Kommissar vom Dienst habe erklärt, er sei nicht in der Lage und auch nicht willens, die Meldung anzunehmen. Erst in der vergangenen Nacht hätten die Nationalsozialisten einen Toten und zwei Schwerverletzte gehabt.

Der deutschnationale Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung zu setzen, wird darauf gegen die Stimmen der Antragsteller, der Kommunisten und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Schluß der Sitzung gegen 21 Uhr.

Die Innenminister tagen

Berlin, 22. Juni. Die Konferenz der Innenminister der Länder, die am Mittwoch vormittag um 11 Uhr im Reichsinnenministerium begann, wurde gegen 16.30 Uhr, also nach 5 1/2stündiger Dauer, beendet.

Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verhandlung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute beschlossenen landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuföhren. Die endgültige Stellungnahme der von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Es handelt sich bei den Ländern, die von der Auffassung der Reichsregierung noch abweichen, um Bayern und Baden. Es ist anzunehmen, daß die Entscheidung dieser Länder über die vom Reichsinnenminister erbetene Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften an die Politik der Reichsregierung bis Ende dieser Woche in Berlin vorliegen wird. Sollte die Entscheidung in dem vom Reichsinnenminister gewünschten Sinne ausfallen, so dürfte die Reichsregierung von ihrem Plan, das Tragen von Uniformen

Planmäßiger Ueberfall auf SA in Gröppelingen

Ein Trupp vom Sturm 11/26, welcher an dem Aufmarsch der Standarte 75 teilgenommen hatte, wurde auf der Rückfahrt in dem Lastwagen nach Regensburg mit Steinen bombardiert.

In der Nähe des „Cafe Flora“ wurde Pfeifensignale gehört, worauf in ca. 100 Entfernung geantwortet wurde. Im nächsten Augenblick flogen auch schon die Stein Weile auf Kommando die SA-Leute sofort bückten, wurden nur zwei Mann verletzt.

Überall Ueberfälle auf SA

Berlin, 22. Juni. Am Dienstag abend ist es in zahlreichen Städten wieder zu schweren politischen Zusammenstößen gekommen. In Köln schritt die Polizei in derböl im Zentrum der Stadt gegen Truppen von Nationalsozialisten und Kommunisten ein, wobei Verhaftungen vorgenommen wurden. In Halle kam es zu schweren Schlägereien von Kommunisten auf Nationalsozialisten. Die Polizei muß mehrfach von der Schutzwache Gebrauch machen. In Bonn (Kreis Sangerhausen) wurden SA-Leute von Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Dabei wurden vier SA-Leute schwer in zahlreiche leicht verletzt.

Kommune schießt in Altona

Altona, 22. Juni. In Altona wurde am Dienstagabend SA-Leute von Kommunisten aus einem Erdweg heraus beschossen. Drei SA-Leute wurden schwer verletzt.

In Wandsbek hielten die Nationalsozialisten eine Sonnenwendfeier ab. Auf den Aufmarsch wurden, der in kleineren Truppen erfolgte, die Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen. Dabei wurden fünf Nationalsozialisten schwer und sieben leicht verletzt.

Nationalsozialistische Sonnenwendfeier gestört

Düsseldorf, 22. Juni. Die Nationalsozialisten veranstalteten beim Kaiserpark einen Aufmarsch am Sonnenwendfest. Als gegen 22 Uhr beim Abbrechen der Feuers eine Volksgruppe aufmarschierte, wurden die jungen Mädchen aus dem Sitz herabgeworfen, wobei eines von ihnen am Kopf verletzt wurde. Um sich gegen einen Ueberfall zu verteidigen, wandte sich dabei eine Anzahl Nationalsozialisten gegen die Angreifer, die ihrerseits nun auch auf die SA-Leute losgingen. Das war der Anfang zu einer großen Schlägerei, in der Verlauf drei SA-Männer durch Messerstiche schwer verletzt wurden, so daß sie in dem Sanitätsauto der Feuerwehr zum Krankenhaus gebracht werden mußten.

KPD-Feme?

Essen, 22. Juni. Am Frohnhauser Markt in Stadtteil Essen-West wurde am Dienstag (paarabens 8 Uhr) ein 39jähriger Mann von unbekannten Tätern durch mehrere Messerstiche so schwer verletzt, daß er auf dem Wege in das Krankenhaus verstarb. Bei dem Toten wurde ein Mitgliedsbuch des Kampfbundes gegen den Faschismus gefunden.

Die Innenminister tagen

reichsrechtlich zu regeln, Abstand nehmen. Die sonstigen von den Ländern zu treffenden Maßnahmen müßten auf die örtlichen Verhältnisse beschränkt bleiben und zeitlich befristet sein.

Ueber den Verlauf der Innenministerkonferenz werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Aussprache verlief zum Großteil außerordentlich lebhaft. Nach der Trübsungsanfrage des Reichsinnenministers von Gahl, der den Standpunkt der Reichsregierung darlegte, nahm als Vertreter der größten deutschen Landes zunächst der preussische Innenminister Seevering an das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß, da die preussische Regierung Überlegungen des Demonstrationsverbotes für die Zeit des Wahlkampfes in Aussicht gestellt habe und andere Länderregierungen insbesondere in Norddeutschland in dieser Hinsicht keinerlei Beschränkungen verfügt hätten, im Monat Juli für den größten Teil des deutschen Reiches kein allgemeines Demonstrationsverbot bestünde.

Nach Seevering vertrat der bayerische Innenminister Stübel den bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung. Die drei in der Konferenz vertretenen nationalsozialistischen Minister, nämlich Brüder-Deinburg, Klages-Braunschwieg und Freyberg, traten für die restlose Aufhebung aller Beschränkungen ein. Die Vertreter von Sachsen, Württemberg, Thüringen, Bremen und anderen Staaten waren der Meinung, daß eine förmliche Demonstrationenfreiheit nicht eintreten dürfe.

Ohrfeigen für Grzesinski

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat heute die vom Berliner Polizeipräsidenten beantragte Erlaßung eines Beschlusses, der die preussische Justiz, nämlich: Jarnows, Gieseler, Juchacz, und der Fall "Hörsing-Haus" von Landgerichtsdirektor Dr. D. Hoffmann, Landgericht (Kreis) Nr. 2, 260, auf Antrag des Verurteilten J. F. Hoffmann, München, aufgehoben. Es tagt also auch in Preußen und man sieht auch dort, daß die Angriffe gegen die preussische Justiz nicht dadurch überlegt werden, daß man sie unterdrückt. Hoffmann schildert in seinem merkwürdig spannenden Buche bekanntlich die Eingriffe, die sich die preussische Verwaltungsbeförden in den Morbprozess gegen den Fabrikanten Haas zu Schulden kommen ließen; Jarnows Buch ist die furchtbare Anklage gegen den Mißbrauch der Macht durch die marxistischen Parteien in Preußen. Zum als freie Bahn für das große Meinemachen, das in der Hauptphase dem Jarnow-Untersuchungsausschuß im preussischen Landtage obliegen wird.

Frankreichs Minen an der Saar

Trotz des von dem französischen Generaldirektor der Saargruben gegebenen Versprechens, daß kein Bergarbeiter wegen seiner politischen Einstellung gemindert werden solle, wollen die Klagen nicht verstummen, daß beim Abbau der Vorkommen der Saargruben solche Maßregelungen festgelegt eine Rolle spielen. Von den Organisationen der Bergleute ist schon vor einiger Zeit dem Generaldirektor hierfür verschiedenes Material zugeleitet worden, ohne daß bisher ein Ergebnis der zugehörigen Untersuchung bekannt geworden wäre. Ganz auffällig sind die Verhältnisse auf der Grube Völschen. Hier bleiben die Mitglieder des Saarverbandes ganz offensichtlich von den Entlohnungen verstoßen, und immer mehr schiebt man Vergleiche in die Weisheit ein, die sich der Saarüberwachung gegenüber als willkürlich erweisen haben. Auf diese Weise wird die Grube Völschen immer mehr in eine Saarband-Kolonie umgewandelt. Die Annahme liegt nun zu nahe, daß sich die französischen Saarangehörigen ihre Abkündigung der Grube Völschen, um wenigstens die Hand auf den Völschen zu können. Diese Vorgänge werfen ein charakteristisches Licht auf die Verhältnisse im Saargebiet und lassen erkennen, daß der französische Druck noch nicht nachgelassen hat. Wir sehen zudem, daß das Verhalten in Frankreich, die Saar als Rand nach 1935 noch hinaus in der Hand zu behalten, immer dristlicher erheben wird. Es wäre zu wünschen, daß einmal von offizieller Seite aus energisch dagegen protestiert würde, der im Versailles Vertrag garantierte Entscheidung über die Saar vorzugreifen. Auch bei allen inneren Bedrängnissen des Reiches dürfte an diesen Entscheidungen nicht vorübergegangen werden, da diese im Saargebiet nur während wirken können und die Gemeinüter mit Verordnungen erfüllen.

Elend statt Dank

Der Zustand der Notverordnung der Reichsregierung von Papen hat entgegen den recht stark betonten Wünschen des Reichspräsidenten erhebliche Minderungen in der Kriegsverwaltungsmittel mit sich gebracht und damit die an sich bereits als untragbar empfundenen bisherigen Belastungen vergrößert, die Politik Brinnings weiterverfolgt. Wollt behaupten, daß die Kriegsverwaltungsmittel der Reichspräsidenten eine Notverordnung seine Zustimmung gegeben hat, mit welcher neben zahlreichen anderen Bewandlungen im Versorgungsbereich auch Hungerlöhnen und Wasserpreisen nach Vollendung des 15. Lebensjahres gestiegen sind. Die Arbeitsgemeinschaft des Reichsverbandes und Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer hat die Vorstände beider Organisationen für die kommenden Tage nach Berlin berufen, um über die Kampfmaßnahmen gegen diese weiteren Reichsbeschränkungen Beschlüsse herbeizuführen, nachdem auch auf die bereits vor Verhandlung der Notverordnung rechtzeitig durch die Arbeitsgemeinschaft erstellte Vorprache beim Reichspräsidenten nach der nunmehr erfolgten Verhängung eine Abgabe erteilt worden ist.

Die Kriegsbefähigten und -Opfer, denen in der neuendlichen Politik nur der Abhang der Notverordnungen wurde, wissen, daß nicht der Weg über Eingaben und Proteste sie zu ihrem Rechte führt. Sie haben am 31. Juli Gelegenheit, mit den ersten Schritten des Volkes dieser unverantwortlichen Politik die Duldung zu erteilen. Die Opfer des Krieges sind durch die nachkommenden Regierungen um ihr Recht betrogen. Eine verantwortungslose Mißwirtschaft wurde auf den Schultern der Vermögenden übertragen. Das soll und muß seine Sühne finden.

Das Hakenkreuz im ungarischen Parlament

Budapest, 19. Juni.

Die Eröffnung der Sitzung des ungarischen Reichstages brachte eine Ueberraschung. Auf den Zuhörersitzreihen erschienen einige Männer in schwarzer Kleidung und Braunhemd und einer rot-weiß-grünen, hakenkreuzgeschmückten Schleiße. Auf der Ministerbank nahmen der Justizminister und Innenminister Platz. Der Präsident des Parlamentes, Ladislaus Almásy, erklärte, daß der Abgeordnete Dr. Bokai an

Franzosengelder an Bayern

Mit zeitgemäßer Illustration der bayerischen Quertreiberei gegen das Reich findet in Frankfurt die Berufungsverhandlung gegen den nationalsozialistischen Schriftsteller Foerster statt. Die Anklage lautet auf Mißhandlung gegen den Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim-Regensberg.

In der Nr. 161 der pfälzischen nationalsozialistischen Tageszeitung „NSZ-Rheinfront“ vom 14. Juli 1931 erschien ein von Foerster als Verfasser geschildeter Artikel, der sich mit einer Erklärung des Grafen Bothmer, eines ehemaligen Freundes von Dr. Heim, beschäftigte, worin Graf Bothmer die Behauptung aufstellte, daß ein Sendbote des Herrn Dr. Heim von dem späteren französischen Gesandten in München, Dard, den Dr. Heim ihm zu verheimlichen ludte, 1.500 Franken in Empfang genommen habe.

Auf Grund dieser Ausführungen hatte Dr. Heim beim Amtsgericht Neubad-Dardt Verleumdungsklage gegen Foerster erhoben, die am 21. März d. J. verhandelt wurde. In dieser Verhandlung wurde durch das Gericht ermittelt, daß im April 1930 der jetzt verstorbene Schriftsteller Dr. Ritter-Winnerketten auf Wunsch und im Einvernehmen mit Dr. Heim nach Wiesbaden reiste, um dort mit zwei französischen Ministerialbeamten, Dard und Stüder, zu verhandeln. Von den beiden Franzosen hat Dr. Ritter 1.500 Franken bekommen und behalten.

Der einzige zu diesem Fall vernommene Zeuge, der seit der Gründung der Bayerischen Volkspartei ihr angehörte und später ausgeschlossene Graf von Bothmer, enthielt außerordentlich interessante Vorgänge unter seinem Eid. Danach habe ihn unmittelbar nach den Osterfeiertagen 1930 Dr. Heim telefonisch nach der Dillstraße 4 in München bestellt und zwar in die Wohnung des inzwischen verstorbenen Ministers und Gesandten Dr. Viktor Rammann. Dort habe er Dr. Heim, Rammann und den Dr. Ritter am Vormittag getroffen. Nach der Besprechung habe ihn Dr. Ritter nach Hause begleitet. Dabei erzählte ihm Dr. Ritter, er reise noch am gleichen Abend als Verbindungsmann zwischen Heim und Professor Wilhelm Foerster im Auftrag Heims nach Wiesbaden, wo er die beiden französischen Beamten Dard und Stüder treffe. Als Juchacz seinerseits nach Ritter an, er solle eine Begegnung mit einem verantwortlichen französischen Staatsmann in der Schweiz vermitteln. Als Dr. Ritter zwei oder drei Tage später wieder in München war, teilte er u. a. dem Jungen Bothmer mit, daß er

von den Franzosen 1.500 Franken bekommen habe. Auf diese Mitteilung hin habe er Ritter tüchtig seine Meinung gesagt und ihn energisch aufgefordert, diese 1.500 Franken wieder an Dard und Dard zurückzugeben. Dies habe ihm Ritter auch zugesagt, jedoch erst für den Zeitpunkt, in dem er die durch Heim ihm versprochenen 5.000 Mark tatsächlich bekomme.

Einige Tage später nun habe Graf Bothmer im Anschluß an einen von Dr. Ritter erhaltenen Brief Dr. Heim auf einem gemeinsamen Weg vom Hauptbahnhof München zum katholischen Gesellschaftshaus an der Brunnentstraße auf diese Dinge aufmerksam gemacht. Dr. Heim habe sofort erwidert, daß er keinen Grund habe, dem Ritter etwas zu zahlen, wenn er schon 1.500 Franken von den Franzosen erhalten habe. Damit habe Dr. Heim die Annahme französischer Geldes durch einen Sendboten bestätigt. Weiter erklärte der Junge Graf Bothmer, daß die separatistische Bewegung Dr. Heim und seinen Freunden sympathischer gewesen sei als ihm selbst. Dagegen habe er eine eindeutige Feststellung, Heim habe der separatistischen Bewegung angehört oder Heim habe ihr nicht angehört, überhaupt nicht für möglich. Die Unmöglichkeit habe er deswegen für gegeben, weil Heim letzten Endes überhaupt nicht ein politischer Charakter sei, sondern ein Mann, der die Politik betriebe als Konjunktur.

Das Gericht erster Instanz mußte hierzu schon feststellen, daß, wenn dem wirklich so wäre, so müßte allerdings das Verhalten Dr. Heims in einem etwas recht merkwürdigen Licht erscheinen und der Vorwurf Foerster trafe nicht sehr daneben. Demnach wurden aber dem Gericht die Behauptungen des Zeugen nicht zuverlässig genug erscheinen, was dann zu einer Verurteilung Foersters zu einer Geldstrafe von 200 Mark führte, ohne überhaupt des näheren zu begründen, warum man in die eidlischen Angaben Bothmers Zweifel setzte. In der Frage, daß die Schuld des Angeklagten doch sehr gering sei, führte das Gericht wörtlich aus: „Wer aber in den kritischen Jahren 1919 und 1920 an so exponierter Stelle sich betätigen zu müssen glaubte, wie es Dr. Heim hat, wer in dieser Zeit zweimal mit Dr. Darden zusammenlag, wer auch versucht hat, mit verantwortlichen französischen Regierungsbeamten Besprechungen aufzunehmen, der muß natürlich damit rechnen und muß es sich gefallen lassen, daß seine Tätigkeit von Seiten, die darüber anderer Meinung sind, scharf unter die Lupe genommen und kritisiert wird.“

Gegen dieses Urteil hat außer Foerster mit dem Antrag auf Freisprechung auch Dr. Heim Berufung eingelegt, da ihm die Strafe zu niedrig sei!!!

Mesko, Staatssekretär a. D., vor der Tagesordnung das Wort ergreifen will.

Dr. Jolian Mesko führte aus, daß er die im Lande herrschenden landesverräterischen Umtriebe zur Sprache bringen will. In ganz Europa wehren sich die selbstbewußten Nationen gegen die verbrecherische Tätigkeit und die Propaganda der im Moskauer Solde stehenden: Jorden. Die italienische und deutsche Nation ist erwacht, der nationale Gedanke schreitet schnell vorwärts. Es war dringend notwendig, daß auch in Ungarn der nationale Gedanke wachgerufen werde, aus diesem Grunde wurde die

Nationalsozialistische Ungarische Bauern- und Arbeiterpartei

gegründet. Der Abgeordnete Dr. Mesko als Führer der neuen ungarischen Partei verlas alsdann das Programm der Nationalsozialistischen Ungarischen Bauern- und Arbeiterpartei und erklärte, daß die Partei auf der Grundlage der Vaterlandsliebe, Gottesfurcht und Treue zum Staatsoberhaupt aufgebaut werde. Dr. Mesko legte sodann feierlich das Hakenkreuz auf seinem Rock an.

Mit dieser Erklärung zog also die nationalsozialistische Idee und das Hakenkreuz offiziell in das Haus der ungarischen Gesetzgebung. Der erste ungarische Nationalsozialist hat das Banner aufgerollt, und wir zollen ihm mit brüderlichem Gittergruß zu: Heil Ungarn!

Warum keine Betriebsratswahl?

Verdoppelung der NSDAP-Zeile im Statistischen Reichsamt.

Berlin. Bei der Wahl zum Angestelltenrat im Statistischen Reichsamt in Berlin mußten der Zentralverband der Angestellten sowie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband je einen Sitz an die Liste der Nationalsozialisten abtreten.

Der Angestelltenrat setzt sich nunmehr zusammen aus je vier Vertretern der Nationalsozialisten (im Vorjahr zwei) und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (vier) aus zwei Vertretern des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (drei) und einem Vertreter des Zentralverbandes (zwei). So hat auch dieser Betriebsrats-Wahlerfolg ein deutlichen Beweis dafür geliefert, daß das Zentrum im Bunde mit der Sozialdemo-

gebietes nach volkswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen, wirtschaftlichen und verwaltungspolitischen Gesichtspunkten vorgenommen werden soll, ist schon reichlich groß geworden und schwer zu übersehen. Daß sich heute so viele Deutsche mit dieser Zukunftssage befassen, beweist zweifellos, daß der heutige Zustand der territorialstaatlichen Gliederung Deutschlands auf Grund der dynastischen Geschichte aus vielen Gründen für ungünstig und innerlich überholt gehalten wird. Die Lage erfordert auch für uns Nationalsozialisten, daß wir uns mit dieser Frage von größter Bedeutung ernsthaft auseinandersetzen; denn darüber kann kein Zweifel sein: wird sie einmal gelöst, so werden wir es sein, die dies vermögen, und sonst niemand.

Politik aber ist werdende Geschichte. Sie führt einen vergangenen Zustand in den künftigen über. Deshalb kann eine Politik nicht auf sein, die nicht die Vergangenheit achtet. Es ist daher zu begrüßen, wenn Vogel in seiner Schrift die geschichtlichen Linien verfolgt, die auf das Problem der Reichsgliederung hinweisen. Dies geschieht interessant und gründlich. Im zweiten Teil, der die Gegenwart behandelt, werden die Mängel des jetzigen Zustandes besprochen und ein Überblick über die Reformvorschlüsse gegeben. Ich finde es erfreulich, daß der Verfasser auf Seite 125 ein stark gefühlvolles, aber auch, historisch gesehen, richtiges Bekenntnis zu Bismarck und Preußen ablegt. „Durch Preußen haben wir wieder eine deutsche Einheit. Das preussische Sozial ist das deutsche Schicksal. Das ist eine Tatsache, die auch die großdeutsche Geschichtsauffassung der Zukunft nicht anerkennen müssen.“

Den Schluss des Buches bildet eine Besprechung der wichtigsten landwirtschaftlichen Neugliederungsvorschläge, eine Betrachtung über die preussische Verwaltungsreform und ein Überblick und Ausblick. Der Verfasser selbst bringt keinen neuen Plan. Da kurz kommt in. E. der planmäßige, volkswirtschaftliche Gedanke, der eigentlich gerade wichtig und nationalsozialistisch wäre.

Im ganzen handelt es sich um eine sehr gute und wertvolle Arbeit, der allgemeine Anerkennung sicher nicht fehlen wird. Dr. Nikolaus

Aus aller Welt

Geldschranklader im Bahnhof.

Emden, 22. Juni. Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht zum Sonntag im alten Bahnhofgebäude am Bahnhof Emden-West ein schwerer Einbruch verübt worden. Die Täter haben die Tür an der Bahnhofsgeleise des Holzgebäudes herausgehoben. Dann haben sie die Tür zum Fahrkartenschalter eingeschlagen, wo sie sich dann auf das Aufbrechen eines Geldschrankes machten, der in einem Betonblock eingebaut ist. Als dieses nicht gelang, verließen sie die Tür zu öffnen, was aber auch mißlang. Wie die bisherigen Feststellungen ergaben, ist nichts gestohlen worden. Die Täter sind unrichtiger Sache wieder abgezogen.

Mutter tötet ihre drei Kinder.

Hamburg, 22. Juni. Die 27jährige Ehefrau Handelsfeld in Harmbach hat nachts ihre drei Kinder im Alter von drei, sechs und acht Jahren in ihrer Wohnung mit Gas getötet. Die Frau lebte von ihrem Manne getrennt. Sie hatte die Gasküche geöffnet und die Wohnung dann verlassen. Am Morgen wurde sie zurück und legte sich neben ihre tote Tochter ins Bett. Am Dienstagabend haben Nachbarn Verdacht geschöpft und Anzeige erstattet. Die Frau ist schwer krankenbedeutend und hat offenbar aus Verzweiflung über die Tat begangen. Sie selbst wird nicht den Mord zum Selbstmord geschoben haben. Sie wurde in ein Krankenhaus geschafft.

Hauptwasserrohr bricht

Mainz. Am Dienstagabend ereignete sich in der Hauptverehrstraße von Mainz, der Ludwigstraße, ein Wasserrohrbruch von ungewöhnlicher Auswirkung. Im Nu glich die ganze Straße einem reißenden Strom. Die Wassermassen traten mit einer solchen Gewalt aus dem Boden heraus, daß das Straßenpflaster überall aufgerissen und an den Ausbruchstellen sogar in die Luft geschleudert wurde. Auch die Schienen der Straßenbahn wurden aus ihrer Betonbettung geschleudert und ragen wie verbogene Eisenstäbe in die Luft. Der Verkehr mußte gesperrt werden, da es lebensgefährlich war, die völlig unterwühlte Hauptverkehrsader zu betreten. Die Ursache des Wasserrohrbruchs ist noch nicht ermittelt. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Dampfer auf Grund geraten.

Neapel, 22. Juni. Der deutsche Dampfer „Rosa“ ist in dichtem Nebel auf eine Untiefe geraten, konnte jedoch wieder flottgemacht werden. Infolge der dabei erfolgten Beschädigungen wird der nach England bestimmte Dampfer zunächst Neapel anlaufen, um hier den Schaden auszubessern. Ebenfalls wegen dichten Nebels geriet der 5870 Tonnen große englische Dampfer „Arabian“ im finländischen Meerbusen auf eine Untiefe. Die Lage des Dampfers ist sehr kritisch. Er kann mit eigener Kraft nicht flottgemacht werden. Aus Island und Finnland sind Hilfsdampfer unterwegs.

Deutsche Reichsgliederung

Dr. Walter Vogel, o. Prof. der historischen Geographie und Staatskunde an der Universität Berlin: Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart. Mit 22 Kartenbeilagen. Verlag Teubner in Leipzig und Berlin. Preis RM. 6,80.

Das Schrifttum, in dem alle möglichen Pläne und Wünsche für eine Neuauflage des Reichs-

Familien-Anzeigen

Geburten: 1 S. Fritz M. Victor und Frau Marianne, geb. Kutenampff. Verlobte: Geline Schmidt, 64 J., Strom. — Julius Schreyer, 72 J., Bartallee 102. — George Weira, 79 J., — Friedrich Meier, 47 J., Dietrichstr. 4. — Professor Dr. Carl Schilling, 75 J., Schwachhauser Heerstr. 351. — Ida Schwanke geb. Benjamin, 79 J., Georg-Ordnungsstr. 18. — Mathias Reich jr., Wartumer Heerstr. 45. — Hanna Gildemeister, 51 J., Weisgerstr. 7. — Heinrich Wendt, 61 J., Reichenstr. 7. — Elise Döble Wwe., geb. Drees, 79 J., Pantentorkenweg 543. — Alice Wilhelm, 6 Mon., Warburgstr. 90.

Amil. Bekanntmachungen

Dem Verheim des Bremer Fischhubs-Bereichs übergeben: Drei Schiffschunde, ein Bestandfisch, eine Zercherfandin ohne Hundeschild, Meldung innerhalb 24 Stunden im Verheim, ehemalige Kälberanlage, verlängerte Hemmstraße, Telefon Nr. 83211, sonst wird über die Tiere verfügt. Polizeidirektion.

Die Geschäfte des Seemanns Konjunkturs in Bremen werden vorläufig durch das Seemanns Konjunktur in Hamburg wahrgenommen. Seemannsamt.

Geborgen in der Weier: Ein 6 m lange Kinterboot, zwei 3 m lange Kinterboote, vier Luftebden und ein Mast. Eigentumsanprüche sind beim Seemannsamt, Polizeihaus, Zimmer 123, geltend zu machen.

Gerechtl. Bekanntmachungen

(Nr. 52.) In das Handelsregister ist eingetragen: Am 20. Juni 1932.

Kongorff, Wente & Co., Bremen: Die Gesellschaft Heinrich Julius Kongorff und Eberhard Wilhelm Wente sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Johann Friedrich Schröder führt das Geschäft ohne Abänderung unter Übernahme der Aktien und Bausche fort. Durch Vertrag zwischen dieser Firma und der F. F. Schröder Bankgesellschaft ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen vom 23. Mai 1932 ist das Geschäftsvermögen der letzteren einschließlich des Rechts auf Fortführung der Firma auf die Firma Kongorff, Wente & Co. übertragen. Diese Firma lautet nunmehr: F. F. Schröder Bankgesellschaft, an Eberhard Wilhelm Wente und Heinrich Julius Kongorff, beide in Bremen, ist in der Weise Gesamtprokura erteilt, daß ein jeder von ihnen gemeinsam mit einem anderen Prokuristen die Firma zu vertreten berechtigt ist. F. F. Schröder Bankgesellschaft mit beschränkter Haftung, Bremen: Nach dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 23. Mai 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst, nachdem das Geschäftsvermögen einschließlich des Rechts auf Fortführung der Firma auf die Firma Kongorff, Wente & Co. übertragen ist. Die Eintragung ist gelöscht. Amtsgericht Bremen.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Wilhelm Ferdinand Louis Bolter, Bremen, all. Anh. der Firma Roland Warenvertrieb Ferdinand Bolter, Bremen, und der nicht eingetragenen Firma E. F. Bolter ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf:

Dienstag, den 12. Juli 1932, vormittags 9 Uhr, im Gerichtshaus, I. Obergeschoß, Zimmer 34, anberaumt.

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Obermeister Ziegeleiconvention Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen soll die Schlussverteilung erfolgen. Nachdem bereits die bevorrechtigten Forderungen bezahlt sind, stehen den Gläubigern noch 83.028,62 RM. noch 3294,40 RM. ausstehend. Für die Verfertigung, wozu die Kosten des Verfahrens aber noch abgesehen sind. Ein Vergleich ist bei der Verteilung zu berücksichtigen. Gläubiger liegt in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bremen, Abteilung für Konkursachen aus.

Bremen, den 20. Juni 1932.

Der Konkursverwalter: Dr. P. Schlemmermeyer.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Emil Otto Pfaffenberg in Bremen soll die Schlussverteilung erfolgen. Hierfür sind RM. 1122,10 ausstehend. Für die Verfertigung, wozu die Kosten des Verfahrens aber noch abgesehen sind. Ein Vergleich ist bei der Verteilung zu berücksichtigen. Gläubiger liegt in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bremen, Abteilung für Konkursachen aus.

Bremen, den 20. Juni 1932.

Der Konkursverwalter: Dr. P. Schlemmermeyer.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Emil Otto Pfaffenberg in Bremen soll die Schlussverteilung erfolgen. Hierfür sind RM. 1122,10 ausstehend. Für die Verfertigung, wozu die Kosten des Verfahrens aber noch abgesehen sind. Ein Vergleich ist bei der Verteilung zu berücksichtigen. Gläubiger liegt in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bremen, Abteilung für Konkursachen aus.

Bremen, den 20. Juni 1932.

Der Konkursverwalter: Dr. P. Schlemmermeyer.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Emil Otto Pfaffenberg in Bremen soll die Schlussverteilung erfolgen. Hierfür sind RM. 1122,10 ausstehend. Für die Verfertigung, wozu die Kosten des Verfahrens aber noch abgesehen sind. Ein Vergleich ist bei der Verteilung zu berücksichtigen. Gläubiger liegt in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bremen, Abteilung für Konkursachen aus.

Bremen, den 20. Juni 1932.

Der Konkursverwalter: Dr. P. Schlemmermeyer.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Emil Otto Pfaffenberg in Bremen soll die Schlussverteilung erfolgen. Hierfür sind RM. 1122,10 ausstehend. Für die Verfertigung, wozu die Kosten des Verfahrens aber noch abgesehen sind. Ein Vergleich ist bei der Verteilung zu berücksichtigen. Gläubiger liegt in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bremen, Abteilung für Konkursachen aus.

Bremen, den 20. Juni 1932.

Der Konkursverwalter: Dr. P. Schlemmermeyer.

Stadttheater

Eröffnung der Sommer-Operetten-Spielzeit! Sonntag, den 26. Juni 1932, abends 8 Uhr.

Eröffnung der Sommer-Operetten-Spielzeit! Die Blume von Hawaii

Große Operette in 3 Akten

Die hervorragende solistische Besetzung, die prunkvolle Ausstattung an Dekorationen und Kostümen, sowie die Balletts großen Stils dürften in Bremen nicht überboten werden.

Städtisches Orchester 38 Musiker verstärkt durch die modernsten Jazz-Instrumente

Für die Eröffnung am Sonntag sind bereits 11. Sperrst., Parterre, II. Rang und III. Rang ausverkauft. Es empfiehlt sich daher, sich rechtzeitig mit Stücken zu versehen.

Montag, 27. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Freitag, 1. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii

Sonntag, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii



Sektion Steintor

Freitag, den 24. Juni 1932 abends 8.30 Uhr:

Öffentl. Speech- u. Vortrags-Abend

im oberen Saal der Rembertihallen Auf den Häfen 69

Es sprechen: Pg. Otto Pfeifer m.v.

über: Warum sind wir Nationalsozialisten?

Pg. Müller Leiter der N. S. B. D.

über: Ziele und Arbeit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation

Erscheinen aller Pg. ist Pflicht, Gäste und Freunde der Bewegung sind willkommen. Eintritt frei. Der Sektionsführer.

Um wieviel billiger Sie bei mir kaufen wissen Sie, wenn Sie mein Lager besichtigen, es wird Ihnen klar.

Wenn Möbel - dann Thäte! Rosenkranz 32

Stellenangebot 4/16 Opel-Limousine billig abzugeben. Näheres Rol. 1380

Guter Verdienst! durch Verkauf eines farb. Porzellans-Schmuckes mit Hiltel-Relief. Vertreter gesucht. Ang. u. Y 490 b.v.

Mietgesuche Jg. Ing. sucht frdl. möbl. Zimmer Rembertig. bevorz. Ang. u. X 489 b.v.

Zu verkaufen! Schöner edler Silberfuchs preiswert. Bollmannstraße 39

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Denken Sie stets daran Glas, Porzellan Haus- u. Küchengeräte Geschenkartikel kaufen Sie preiswert und gut bei

Geschmister Luperti U. d. Steintor 98/102 H. 41618 Gegr. 1895

Sonntag, 26. Juni 1932, im Seiterneck, Niederblödt. Gr. Lichtbildervortrag Anschließend Deutscher Tanz Beginn 20.30 Uhr - Eintritt RM. -30 NSDAP. Ortsgruppe Bockland

Oberhemd nach Maß Rm. 7⁷⁵ an

Die Damenbluse in Herrenhemdschnitt Rm. 5²⁵ an

Hemdenschneiderin HERRMANN MEIER INHABER ERNST GROH

Am Markt 18 bei der Baumwollbörse

Unterstützt das Handwerk!

Mauerarbeiten prompt u. billig J. K. MARTEN Baugeschäft Fesefeld 13 - Ruf: Hansa 419 60

Malerarbeiten billig Pg. EICHHOLZ Oderstraße 95

persönlich und schick nur nach Hülligs-Maschinen Anfertigung sämtlicher Schnittmuster nach Maß - Ausbildung in der Zuschneidekunst Wulkestraße 18 - Domsh. 29427

Schuhreparaturen und Neuanfertigung liefert Ihnen allerbilligst Peter Bütz, Vegesackerstr. 52 Auf diesen Inserat 10% Rabatt

Fertige Zeichnungen, Kostenschläge zu Um- und Neubauten, Bau- und Reparaturarbeiten Gutachten, Hausverwaltung, auch Grundstücksverkäufe. Gewissenhafte Bedienung. Pg. K. H. Menz Architekt und Bauunternehmer Friedrich-Wilhelm-Straße 6

Zentralheizungen aller Systeme liefert gut und preiswert. Kostenschläge unverbindlich. Otto Barkhan Woltmershausenstraße 148 a Roland 7947

Sie gehen immer elegant, wenn Sie aus die Pflege Ihrer Garderobe überlassen! Ausw. Mantel oder Kostüm entstaubt, entfaltet, gebügelt für nur Mk. 1.75 Kunststoffe, Chemisches Reinigen, Färben, Reparaturen u. Änderungen. Lieferung bei Haus

Hanseatische Dampf-Bügelanstalt und Reparaturwerkstatt (Karl) Behre jr. Hauptgeschäft: Hamburgstraße 29 H, Fernruf Hansa 426 99 Filiale: Nordstraße 75, Fernruf: Wener 83478

Tischlermeister und 2 Söhne, Pg., liefern alle Möbel und Reparaturen Daniel Leker Meyerstraße 97

Bauarbeiten, Neu-, Auf- und Umbauten, Reparaturen, billige Zeichnungen u. Anschläge frei. J. Martens Maurermeister Bremerhavenstraße 82

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Parteiheim Pelzerstraße 12-13 hat ein beschränktes Quantum frisch eingetroffener Kartoffeln abzugeben. Anfragen b. Heilm. Stark

Prima Badewannen Prima Badesen Prima Gasherde Soltan-Weinreich Karlstraße 8

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Aus Bremen Stadt und Staat

Reichswehr zieht ein!

Die bremische Jugend voran

164 Kilometer Marsch liegen hinter unserem Bremer Reichswehrbataillon. In vier Tagen 164 Kilometer ist eine Leistung.

Gestern, gegen Mittag, rückte, von Horn das 1. (Sanitäts-) Bataillon des Inf.-Reg. Nr. 16 wieder in Bremen ein. Die Bremer Jugend ließ es sich nicht nehmen, die Reichswehr auf ihrem Einzug zu begleiten. Die allbekannten, trauten Soldatenlängen luden die Bewölkung aus den Häusern. Überall sah man große Gefichter: Sie ist wieder da! Unsere Reichswehr! Wie ein Laufpferd pflanzte sich diese Horde fort und Bremen ist auf den Beinen. Ein Speichbärger steht die Vortruppe der marschierenden Jugend und marmelt zerknirscht etwas vor: „Wieder die tabulalen Elemente!“. Janosch, der Speichbärger, radelt wie die Soldaten, die auch nur ein Reichs und Eins und Geraden kennen.

Jetzt marschiert die Truppe am alt-ehrwürdigen Rathaus vorbei. Das Deutschlandlied wird von der Kapelle intoniert. Die Menge singt mit, der Verkehr ruht. Ein feierlicher, würdiger Augenblick. Jetzt führt der Menschentrommel der Marschmusik herüber. Mitglieder der „Ehrenkomitee“ können es nicht ertragen, daß die Bremer Jugend vor der Reichswehr marschiert und sucht an der Weichstraße, die nach der Reustadt zur Kaiserin führt, zu provozieren. Deutschland erwache! Sieg-Heil! schallt es den Klaffen zurück und sie verkommen.

Reichswehr wieder in Quartier. Ein Fremden-Tag für uns und sie.

Wirtschaft und Nationalsozialismus!

Auf den am Freitag, den 24. Juni, stattfindenden 2. Sprechabend des Distrikts Döbentor wird hierdurch aufmerksam gemacht. Beginn 8.30 Uhr im oberen Saal der Centralhallen. Vg. Dr. Hoffmann spricht über das oben genannte Thema. Parteigenossen, werdet ihr regen Besuch. Bringt Freunde und Angehörige mit.

Die Distriktsleitung.

Sektion Steintor!

Freitagabend 8.30 Uhr versammelt die Sektion Steintor im oberen Saal der „Rembertshallen“, auf den Häfen 69, einen Vortrag und Sprechabend. Vg. Pfeifer spricht über: Warum sind wir Nationalsozialisten. Vg. Müller, Leiter der NSDAP, über: Ziele und Arbeit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Volksgenossen! halt euch! Auflösung über den Nationalsozialismus.

Heute Sektion Buntentor!

Heute, 20.30 Uhr, bei Kadebort, Neuenlanderstraße. Vg. Heider spricht über: „Der Kampf um die letzte Entscheidung.“ Wirtschaftsfragen. Erscheinen ist Pflicht. Gäste sind willkommen.

Die Straße frei!

Das deutsche Bremen marschierte

1500 SA- und SS-Leute kündeten das Wollen des kommenden Reiches

In Wirtschaftskrisen und Fehlern der herrschenden Regierungen soll der Nationalsozialismus seinen Nährboden gefunden haben, behaupten die Gegner. Nein!

Der Nationalsozialismus ist etwas, was das gesamte Volk angeht,

jeder bewußt oder unbewußt in seinem Herzen trägt. Weil es ureigenste Sache des Volkes ist, nicht einer Partei schlechthin, die der Nationalsozialismus vertritt, daher das elementar wichtigste Aufbegehren aus allen Schichten des Volkes, soweit es über sein eigenes Sein zum Volk, zum Ganzen hinüberdenken kann. Das Geheimnis der Erfolge des Nationalsozialismus ist, wir wollen es offen bekennen und aussprechen, der Opfermut und die Bereitschaft, das gefestigte Ziel mit fanatischer Energie durchzusetzen. Daher werden auch in den Reihen des Nationalsozialismus vornehmlich Kämpfer marschieren, die sich in den SA- und SS-Verbänden zu einer lebendigen Front formieren und allen denen, die im Volke abwärts stehen, neuen Mut zur Tat, neues Hoffen naturgemäß empfinden lassen. Menschen, denen der Opfermut Torheit bedeutet, mögen ihren materialistischen Gehirnsengängen hulstigen, im Namen des Volkes sprechen sie nicht. Geht ihr Volk zugrunde, so sind sie die Hauptverantwortlichen vor dem Richterstuhl des Volkes und das Volk wird über sie zur Tagesordnung übergehen und sie vernichten.

Gestern Abend

marschierte nach Aufhebung des Demonstrierensverbotes die Standarte 75 zum ersten Male wieder durch Bremens Straßen. Die Bevölkerung war auf das äußer-

ste auf den ersten Aufmarsch der Nationalsozialisten nach Aufhebung des Aufmarschverbotes gespannt, besonders weil sie in den letzten Tagen seit dem verbotsfreien Sonntag durch Umzüge mancherlei Art, beeindruckt war. In welcher Stärke werden die Nazis am Mittwoch Abend aufmarschieren, war die obligate Frage von Freund und Gegner, nachdem die Kommunisten am Vortage mit dem Aufgebot aller Kräfte 3000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, auf die Beine gebracht hatten, also nicht nur Kämpfer, sondern Familien, mit Wählern ihrer Parteigruppe, selbst ganz kleinen Kindern im noch nicht schulpflichtigen Alter, den Demonstrationen zuzugewandten. Man sah dort Menschen, denen die Not aus den Augen sprach und die in Verblendung der Weg zum Kommunismus gehen, der völlige Vernichtung des Eigenlebens des Menschen bedeutet. Bereinigt sah man in den kommunistischen Zügen kräftige, hochgewachsene Volksgenossen, die unerschrocken, zweifelsfrei den eckig-kämpferischen Kern der Marschgruppen stellten, aus manchem sah auch der Blick des Untermenschen, der nur Vernichtung will und nichts neues schaffen kann. Niedertrübe hallten durch die Straßen in den späten Abendstunden.

Hier marschierte die Verzweiflung

die keinen Ausweg zur Rettung mehr gefunden hat: Diesen eindringlichen Eindruck mußte der Straßenpassant objektiv von diesem Aufmarsch vor sich haben und mit nach Hause nehmen. Soll das Bremen, soll das Deutschland sein? So können wir annehmen, daß es beide gewesen sind und ihr Sturz nur noch Stunden dauert. Wenn nichts anderes wäre!

Das Deutschland der Freiheit

Gestern Abend war der Tag für das deutsche Bremen.

Schon in den frühen Abendstunden sah man hier und da Braunkindern auf Mäcken einhergehen oder zu Fuß der Schlachthofstraße aufziehen, wo das große Sammeln der Standarte 75 angeseht war. SA- und SS-Leute lebten bald in ihren schmutzigen Uniformen das Straßenbild, ein Menschenstrom bewegte sich maßloslos in einer Richtung zur Lloydgebäudehalle.

Dort stehen sie nun, Sturm hinter Sturm, zwei Kapellen, der Standarte und SS. Drei Spielmannszüge rufen ein, die Fahnen der Standarte, die noch eingeholt werden sollen. Polizei sperrt die Zugangsstraßen ab.

Jetzt kommt Bewegung in die Reihen, in Linie formieren sich die Stürme, der Standartenführer Wegener scheidet die Front

ab, schaut seinen Kameraden ins Auge, jetzt marschieren die Stürme an der Fahnengruppe vorbei.

Der Massenauftmarsch kommt in Bewegung. Jünger geht es die Kaiser-Friedrichstraße über die Wachenstraße zur Schubertstraße.

Ein unübersehbares braunes Heer flutet durch die Straßen.

1500 SA- und SS-Leute, nicht Frauen und Kinder, Männer und Jugendliche aus der Hitlerjugend, gestern noch verboten von einer notverordnenden Regierung Brünings, heute durch den Marschschritt der Millionen, der Herzen, die einen Schlag schlagen: Deutschland!

In die erste Marschmusik fällt im Chor fortlaufend von der Spitzengruppe das „Deutschland

erwache“ und „Sieg-Heil!“ ein. Bestes Menschenmaterial, wo man hinschaut, nicht in Verzweiflung trotz Not und Hunger marschiert hoffnungs- und freudig, erhobenen Hauptes, der Freiheit entgegen.

Aus den Häusern wehen hier und da Fahnenkreuzen zum Gruß an die Soldaten Adolf Hitlers.

Ein „Bremen erwache!“ pflanzt sich im Maßendoch nachvoll fort, hier und da verläßt auch der heilige Cygnus an den Strohkenden zu provozieren. SA- und SS. läßt sich dabei nichts aus der Nähe bringen: Eine eiserne Disziplin hat alle erfasst und jedermann wußte gekümmert.

Heute schaut Bremen auf uns

den kommenden Staat. Im großen Rundmarsch werden die Strohkenden von der Georg-Grönungstraße über die Bürgermeister-Smidt-, Lothringers-, Horner- und Humboldtstraße genommen: „Kampf-Heil!“, schallt es aus einem Späler einer langen Kette von Zuschauern der braunen Front entgegen. „Sieg-Heil!“, schallt es zurück. Jetzt schwenkt der Zug von der Humboldtstraße in die Rathenbühlstraße, weiter zur Schleimstraße und dann in die Rembertstraße ein.

Menschenmassen flauen sich, vor den Stürmen der SA- und SS. haben sich hunderte SA-marschierende und unzählige Kradler in der Vorreife eingereiht.

Der Fahneneinmarsch

In der Rembertstraße findet vor der Geschäftsstelle der NSDAP der Boreimarsch der Stürme vor der Fahnengruppe statt. Ein prächtiges Bild mustergetreuer, straffer Disziplin offenbart sich hier. Die Stürme grüßen die Fahnen und salutieren vor den Führern, dem Standartenführer, dessen Adjutanten und dem ehemaligen Standartenführer Weber, der den letzten Boreimarsch mit abnimmt, da er nach Oldenburg berufen worden ist.

Die Fahnen wieder in der Geschäftsstelle. Jetzt werden die Fahnen in die Standarten geschäftig getragen, nach einer Verbeugung, wo es auch in Bremen freien deutschen Männern verboten war, das Flaggentuch zu zeigen.

Der feierlichen Einholung der Fahnen der Standarte 75 geht gestern Abend der Aufmarsch der Nationalsozialisten hat in Bremen gezeigt, daß er den Aufbruch und das Recht zur Macht übernahm auch im bremischen Staat hat. Mögen die Gegner der marschierenden und bürgerlichen Reaktion heute Pöken und Pläne vertreiben, morgen sind wir in der Macht, auch in Bremen.

Die Stürme rufen ab. Aus der Menge vor der Parteigeschäftsstelle wird offensichtlich das Horst-Wessel-Lied angeschrien, das die eindrucksvolle Kundgebung beschließt. Heute stehen wir wieder im Kampf, der uns zum Sieg führt.

—in.

WOLFGANG MARKEN
Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

49. Fortsetzung

„Sie warten auf den Ringen?“
Nun sah Anita nachdenklich vor sich und sagte dann offen: „Ja, Herr Geheimrat, denken Sie... daß ich auf den Ringen warte. Aber mein Ring könnte ein ganz einfacher Ring sein, er braucht nicht in Emt und Seide zu gehen. Aber der Richtige muß es sein, und der Richtige... der läuft so oft darüber an der Richtigen. Rechtsanwältin Kach, bei dem wir drei Mädels früher beschäftigt waren, pflegte immer zu sagen: Warten ist ein fauler Zauber. Er hat nicht ganz unrecht. Aber wir warten doch immer auf den Richtigen und wollen das lieber umsonst tun, als uns an irgendeinen anderen weggeben.“

Die alte Frau Geheimrat hatte aufmerksam zugehört. Sie betrachtete Anitas offenes, schönes Antlitz lange. Mit ihren erfahrenen Augen erkannte sie, daß das junge Mädchen bemitleidet, mit ihrer burschlichen Offenheit ihr Herz zu verzeihen.

Der Kaffee wurde eingeholt, Kuchen wurde gereicht.
Es mündete im Freien wunderbar.
Unter frühlichem Plaudern verging die Zeit. Der wunderbare Gastgeber in Verbindung mit dem guten Apparat sorgte für prächtige Nachmittagsmahlzeiten des Berliner Kunstschöpfers.

Die lebende Frau wurde schließlich wärmer unter den frühlichen Menschen, was ihre Gatte erfreut bemerkte. Sie fragte voll Interesse und lauschte aufmerksam den Ausführungen, die sie gemacht wurden.

Anita schilderte ihr, die nicht laufen konnte, den Drei-Eichen-Hof in allen Einzelheiten. Hermann und Selga gaben ein Bild, wie der Auf-

bau erfolgt war. Aus allem Erzählen erkannte das Ehepaar, daß hier mit einem wahrhaft brennendsten Ziel geschäftet worden war.

Zufrieden waren die Menschen, aber doch von einem reglosen Geiste, der mit der Zeit ging. Jedes Thema, das der Geheimrat anstichelt, wurde bereitwillig aufgenommen. Sein Thema brachte sie in Verlegenheit. Sein eigenes Gebiet zu treffen, verriet der Geheimrat. Aber ein Zufall brachte das Gespräch doch auf die Elektroindustrie, und die Debatte war gegeben.

Gegen Abend kam noch Oberst von Kettler mit seiner Nichte.

Die Gesellschaft aß auch das Abendbrot im Garten. Dann aber begab man sich in die große Stube, um dort nach den Klängen des Radio ein wenig zu tanzen.

Aber man tat es nicht lange, denn in den Zimmern war eine schmale Luft, und es ging wieder in den Garten zurück.

Anita und Frau Geheimrat unterhielten sich eigentlich am allermeisten. Der lebenden Frau gefiel die frische, aber trotzdem tatvolle Art des gebundenen jungen Mädchens besonders. Sie empfand die Unwissenheit Anitas wie einen Jungbörn.

Bei Einbruch der Dunkelheit fuhr der Geheimrat mit seiner Frau wieder zurück nach dem Kettlerhof, während der Oberst mit seiner Nichte noch etwas länger blieb.

Beim Abschied sagte der Geheimrat zu Hermann: „Ihr Großvater, Herr Kettler, hat mir etwas an Sie ausgerichtet.“

„Was denn, Herr Geheimrat?“
„Er läßt Ihnen sagen: Er wartet auf seinen Enkel.“

Hermanns Gesicht wurde finster.
„Vielen Dank, Herr Geheimrat. Aber... ich kann nie kommen. Er muß den Weg zu mir finden.“

„Sind Sie so unversöhnlich, Herr Kettler?“
„Ich habe es einst geschworen, Herr Geheimrat. Sie wissen nicht, was ich gelitten, als der Gutsverkauf meinen Vater um das letzte bühnen Lebenszeit gebracht hat. Ich kann nicht zu meinem Großvater kommen.“

Der Geheimrat kam jeden zweiten Tag zu einem Plauderfründchen auf den Hof. Er war bald allen wie ein guter Freund.

Eines Tages, es war kurz vor dem Entsefekt, kam er schon am frühen Morgen.

Anita wollte eben im Garten an die Arbeit gehen und begrüßte ihn mit dem Kopfnicken um das Wollband und dem Necken in der Hand.

„Sohn so früh am Tage?“
„Ja, ich will... ich muß nach Berlin fahren, Fräulein Anita, und... und da hätte ich eine Bitte.“

Sie möchte meine Frau nicht allein lassen. Wäre es Ihnen möglich, heute meiner Frau einmal Gesellschaft zu leisten? Sie wissen, wir haben von unseren Dienstboten niemanden mit nach dem Kettlerhof gebracht.“

Anita überlegte nicht lange.

„Gern, Herr Geheimrat. Ich will nur Selga beschützen und komme gleich mit Ihnen.“

Frau Geheimrat freute sich sehr, daß Anita kam und bei ihr, der Einsamen, blieb. Sie wußte, daß ihr Mann nun bald wieder ins Arbeitsloch eingestapelt, ihm für sie nicht viel Zeit mehr bleiben würde.

Sie unterhielten sich ausgezeichnet.

Anita war belebter und versetzte über ein reiches Wissen.

Der Geheimrat hatte sich regelmäßig vier Berliner Zeitungen schicken lassen. Anita las die Kranten daraus vor. Was in der Gesellschaft vorgegangen war, das vor allen Dingen wollte Frau Geheimrat wissen, damit sie auf dem Laufenden war.

Es interessierte Anita wenig, was sie vorlas, denn sie kannte die Persönlichkeiten nicht.

Aber plötzlich stotzte sie, und das Zeitungsblatt zitterte in ihrer Hand.

Anita las:
D. Verghoff, der bekannte Kunstmaler, hat sich mit Erika von Geldern, der Tochter der bekannten Schauspielers, verlobt.

Alles Blut frönte Anita in diesem Augenblick zum Herzen.

Dans!
Dann hatte sie verlobt!

Ihr Dans, den sie liebte, auf den sie gehofft und gewartet hatte.

Ihr Dans!
Wie durch Nebel drang die Stimme der Geheimrätin an ihr Ohr: „Liebes Kind, was haben Sie denn?“

Anita schüttelte nur stumm den Kopf, aber der Blick, der die alte Frau traf, war so voll Schmerz und Dank, daß die Frau erschrocken.

„Fräulein Anita“, sagte sie warm, „kommen Sie einmal zu mir alten Frau. Sehen Sie sich zu mir. Und jetzt schütteln Sie einmal Ihr Herz aus. Haben Sie Vertrauen zu mir? Haben Sie etwas gelesen, was Sie erschrocken hat?“

Anita sah schweratmend an Frau Verghoffs Seite. Ihre Brust ging stürmisch.

Sie wollte sich zur Selbstbeherrschung zwingen, aber bald ging es nicht mehr. Sie schluchzte qualvoll auf.

„Ich... hatte... ihn so lieb! Ich... ich habe nur auf ihn gewartet! Ich... und jetzt... jetzt ist alles vorbei!“

„Auf wen denn, mein Kind?“ fragte die Geheimrätin teilnehmend.

(Fortsetzung folgt.)

Vortrag Volk und Kaiser!
Pa. Studentent Dr. v. Hoff hält heute abend 8.30 Uhr vor Mitgliefern und eingeladenen Gästen einen großangelegten Vortragsabend über „Volk und Kaiser“, 20.30 Uhr in Sitters Kaffee, Semmelkaffee. Anschließend wird auch noch Pg. Pfeiffer, MdB., sprechen.

Kirchenmusik in der St. Ansgarikirche am Freitag, dem 24. Juni, 19.30 Uhr. Mitwirkende: Lisa Bedtke, Gesang; B. Högermann, Orgel; Luise Lampe, Orgelbegleitung. Vortragsfolge: 1. Sonatine für Orgel von Chr. Ritter. 2. a) Abendempfindung von W. A. Mozart; b) Ave verum (Gesang, Cello (B. Högermann) und Orgel) von W. A. Mozart; c) Du bist die Ruh' von Fr. Schubert, für Gesang, 3. Golosia, für Orgel, von D. Walling. 4. a) Gebet; b) Ueber Nacht; c) Gesang Begleit von S. Wolf, für Gesang, 5. Ofternorgel, für Orgel, von D. Walling. Eintritt frei.

Nachbar benutzt die Fahrradkinder. Es haben sich Mühseligkeiten dadurch herausgestellt, daß Fahrradkinder vor dem Hauptgebäude an der Domscheide und vor anderen öffentlichen Gebäuden aufgestellt werden. Die Polizeidirektion weist darauf hin, daß gemäß den Bestimmungen der Straßenordnung das Aufstellen von Fahrradkinder vor öffentlichen Gebäuden verboten und unter Strafe gestellt ist. Beim Aufstellen an der Domscheide sind grundsätzlich die Fahrradkinder hinter dem Gussas-Wolff-Denkmal zu benutzen.

Festgenommen wurde ein vorbestrafter, 35-jähriger Mann, der das Fahrradkinderhaken überfahren wurde, ferner ein 35-jähriger, wohnungsloser Arbeiter, der sich im April am Verkauf geflohrener Fahrradkinder beteiligt hatte.

Unfälle. Mit einem Verkehr wurde ein Kraftfahrer in das Diskontofenster eingeklemmt, der auf der Straßenkreuzung Walter Deersstraße-Eisenbahnstraße mit einem anderen Kraftfahrer zusammengefahren war. — Bei der Mante fliegen ein Kraftfahrer und ein Kraftfahrer zusammen, beide wurden leicht verletzt. — Auf der Hanfstraße fuhr ein Kraftfahrer gegen einen Lastkraftwagen, hierbei wurde er leicht verletzt. — Dem Großen Krankenhaus zugeführt wurde ein Schüler, der vom Auto gestürzt war und sich am linken Knie erheblich verletzt hatte. — Auf der Dufingstraße fuhr ein Kraftfahrer gegen einen Lastkraftwagen, hierbei erlitt eine Frau eine Stirnverletzung. — Leicht verletzt wurde ein Kraftfahrer, der die Gröpelinger Deersstraße überquerte und von einem Kraftwagen angefahren wurde. — Ein angetrunkenen Kraftfahrer fuhr mit seinem Kraftwagen am Brill von dem Brill-Rasthof 14 Meter über den Fußsteig und überfuhr dabei 2 Personen. Der eine Ueberfahrene erlitt Kopfverletzungen, der andere innere Verletzungen. Beide wurden in ihre Wohnung gefahren. — In der Gröpelingerstraße kam ein Steinbruder zu Fall und zog sich einen doppelten Knöchelbruch zu.

Aus der Umgegend
Deutsch-Amerikaner ein Wohltäter seiner Heimat Mitternachts. Der verlorbene Deutsch-Amerikaner J. Fr. Ries hat neben anderen Stiftungen seinem

Johanniszauber in den Bergen

Die Sonnenwendfeuer werden auch heute noch in vielen deutschen Berggebieten, besonders in Bayern, am Johannistag entzündet. Die alten Germanen feierten diesen Wendepunkt des Jahres, an dem die Sonne den Sieg errungen hat, mit dem großen Festen, bei denen das Feuer eine große Rolle spielte. Wesen doch die Flammen, die zu Ehren des Lichts und Sonnengottes entzündet wurden, reinigende Kraft und vermehren, die kühlen Geister der Krankheiten zu vertreiben. Noch heute ist ein Teil der alten Glauben und Gebräuche bei Abklingen der Sonnenwendfeuer unter den Landeuten und Bergbewohnern lebendig. Der Bauer im bayerischen Odenland glaubt z. B. fest daran, daß der Sprung über das Feuer wirklich gegen das durch das Kornschneiden verursachte Krenzweh sei. An der Blut tödte man früher Wurzel und Kräuter, deren Genuß vor Krankheiten bewahren sollte. — Und je größer der Rauch, desto größer der Segen für Felder und Vieh.

In Niederbayern und im Schwäbischen rechnete man die Länge des Jahres nach der Höhe des Sprunges und rief dabei:

„I spring übers Sonnenwendfeuer,
Alle Nachbarn sind mir feuer,
Sprung's mit mir all'sam,
So wird der Flachs recht lang.“

In vielen Gegenden Bayerns ist es noch heute üblich, das Holz für die Feuer zu sammeln. Die männliche Jugend zieht am Tage vorher von Haus zu Haus mit einem Sammelröhr. Dieser lautet verschieden, enthält aber stets eine Drohung für den Verweigerer der Gabe. So heißt's im Speßart:

„Gnadesfeuer,
Der Haber ist teuer,
Wer kein Holz zum Feuer gibt,
Gerechtich das ewige Leben nit.“

Und im fränkischen Jura bedroht man den Geizigen sogar mit dem Tode:

„Gnades, O Gnades!
Wollt ihr uns geb'n la Stewa?
Ist ihr's Jahr nimma daleb'n?

Bremen köpft seinen Bürgermeister

Ein trübes aber lehrreiches Kapitel bremischer Geschichte.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts hatten die Bremer erbitterte Kämpfe mit feindlichen Stämmen durchzuführen, die zu beiden Ufern der Weser lagen und sich nur allzu gern der bremischen Kaufmannschaft feindschäftig. Immerhin war es den Bremern gelungen, einige Burgen zu errichten, eine umwerf bei Strafe (Holzwarden) und eine an der Wesermündung bei Alens. Als sie sich dann aber dazu hinreißten, 26 in offener Seehe gefangene Friesen am Deventer zu tödnen und umzubringen, wendte sie die Empörung der freien Friesenkämme und im Gesicht bei Deteren zählten sie es den Bremern blutig heim.

Der für die Einrichtung verantwortliche Bürgermeister Dadel legte freiwillig sein Amt nieder, verließ die Stadt, sein Vermögen aber wurde eingezogen. Er wandte sich an die Hanse, deren Mitglied Bremen seit 1280 war und führte hier erfolgreich Klage, so daß Bremen 1424 aus der Hanse ausgestoßen wurde. Damit mußten die innerpolitischen Spannungen in Bremen und eine ganze Reihe von Familien, die bis dahin das Privileg hatten, den Rat der Stadt zu stellen, mühten die Stadt verlassen. Nur wenige von dem alten Rat wurden bei den Neuwahlen wiedergewählt, unter ihnen Johann Basmer, Herrmann von Gröpelingen und Werner von Arlen. Von Johann Basmer soll in Folgendem kurz die Rede sein.

Er wird uns als ein wohlwollender, nachgiebiger, geistiger Mann geschildert, ein reicher Kaufherr, der sich dauernd bemühte, die Stadt zu überbrücken, welche die Stadt in zwei feindliche Heerlager teilte. Die Wiederaufnahme Bremens in die Hanse gelang ihm jedoch nicht und er konnte auch nicht verhindern, daß eine Verhöhnung der Freunde des früheren Bürgermeisters sich im Hause Cornelsen in der Oberstraße auftrat, deren Mitglieder zwar im letzten Augenblick verhaftet wurden, dann aber flüchteten und ebenfalls wie der frühere Bürgermeister Dadel die Hanse gegen die Vaterstadt mobilisierten. Der Erfolg war, daß Bremen und seine Handelsbeziehungen schwer geschädigt wurden, und die Kaufmannschaft drängte immer mehr auf eine Einigung mit den vertriebenen Familien. Basmer übernahm diese Aufgabe, reiste zu dem Zweck nach Ende und wollte von dort Oldenburg zur Vermittlung an-

rufen, wurde aber unterwegs verhaftet und man nahm ihm Schicksal einen schnellen aber blutigen Verlauf.

Zu Bremen selbst begann unter Führung des Schwiegersohnes des Bürgermeisters Basmer, Johann von Winden ein Intrigenpiel gegen den abwesenden Basmer. Man verdächtigte ihn der Freundschaft mit den vertriebenen Familien. Die einzelnen Zünfte wurden gegeneinander aufgemiegelt und es begann in Bremen ein Mätsch und Zwist, ein kleinliches, gehässiges Spiel, das schließlich dem ehrgeizigen Johann von Winden das Heft in die Hand gab. Er erwirkte einen Haftbefehl gegen seinen Schwiegersohn, der auf der Reise nach Oldenburg aufgegriffen und nach Bremen eingeliefert wurde. Basmer selbst war von seiner Schuld so überzeugt, daß er auch einen wohl vorbereiteten Fluchtversuch ablehnte, um sich vor dem Rat zu verantworten. Das aber alles hilft ihm nichts, denn man will ihn befeigen und verurteilen am 20. Juni 1432 auf dem Marktplatz ein Blutgericht, das zu einem wenig schließlichen Ereignis in der bremischen Geschichte wurde. Als der gewählte Schöffe trotz allem ein freisprechendes Urteil findet, entsetzt ein ungeheurer Tumult, die Gerichtsordnung wird umgeworfen und die Urteilsprechung dem Schärfrichter überlassen. Kurze Zeit später wurde am gleichen Tage Basmer am Oftern, in der Nähe einer Windmühle, hingerichtet, oder wie man in diesem Falle sagen kann, umgebracht.

Seinem Sohn gelang es dann im jähren Kampf bei dem Kaiser, trotz aller beherrschenden Verhältnisse zu mancher Befreiung, die Wiederherstellung seines guten Namens zu ertragen und ein schließlich einsteigen, genannt „am Steinernen Kreuz“ und der Name Basmer-Straße erinnert noch heute an die Mordthat, die Bremen vor 500 Jahren auf sich geladen.

Und wenn es heute auch nicht zu Einrichtungen kommt und keine blutigen Feste mit Nachbarn stattfinden ausgetragen werden, so könnte man doch manchen Parallellfall finden, bei denen Familienpolitik verbunden mit händelrührenden Sonderinteressen, zu Staats- und Stadtpolitik umgeworfen wird, womit keineswegs dem Gemeinwohl der Bürgererschaft gedient ist.

Anzahl Vabegänge an ihren Strandbörben die Dattensacklage angebracht, wogegen der Inselvogt, der die Polizeigewalt auf der Insel innehat, eintritt, da nach der Verordnung der Regierung verboten ist, die Nationalsozialisten veranstalten eine Demonstration und drohen, nach der aldenburgischen Insel Wangerooze überzuführen, wo diese Bestimmung nicht besteht. Der Konflikt ist bisher noch nicht beigelegt.

Spiele der Natur.
Aischwarden. Auf der Domäne aus dem Dammwarden, die von J. Schöder gepachtet ist, wurde ein Kalf mit zwei Köpfen geboren. Das Kalf ging jedoch kurz nach der Geburt wieder ein. Genutzt hatte es durch die Aufzucht des einen Kopfes, während die Organe im zweiten Kopf unentwikkelt waren.

Bürgerprotest gegen künftige Finanzpolitik.
Leer. Hier fand eine Versammlung von Handwerkern, Kaufleuten und den Vertretern sonstiger Wirtschaftskreise statt, die sich in mehrfacher Verhandlung mit der Finanzverwaltung der Stadt befaßte. Die Versammlung waren der Ansicht, daß das System abgeändert werden solle und daß es nicht zu verstehen wäre, wenn die Stadt die Schulden der Bürger übernehme. Schließlich faßten die Versammelten eine Entschließung, die an den Bürgermeister gerichtet ist und in der scharfe Verwarnung gegen die Finanzpolitik der Stadt eingelegt wird. Die Bürger halten es für unerträglich, daß auf der einen Seite den Bürgern Lasten aufgelegt werden, während man auf der anderen Seite die so gewonnenen Gelder für Zwecke verausgabt, die durchaus nicht im Interesse der Gesamtheit liegen. So wird die Anlage eines dritten Sportplatzes auf inmitten der Stadt gelegenen wertvollem Gelände, das teuer erworben worden sei, für nicht notwendig gehalten.

Karl Haushofer, Jenseits der Großmächte

Mit Beiträgen von Geisler, Grobomsky, Lautenbach, Leyden, von Loesch, D. Maul, E. Ost, D. Depler, H. Schreyer, D. Staude, R. Trampel, L. von Varnen. Verlag und Druck von V. G. Teubner, 1932, 100 Kartenillustrationen und graphische Darstellungen, 520 Seiten. Preis geb. RM. 11.70, geb. RM. 13.50.

Dieses Werk bildet die notwendige Vervollständigung des Buches von Haushofer „Großmächte“. Wenn dort die harten Tatsachen der gegenwärtig bestehenden Großmächte geschildert sind, so befaßt sich der Ergänzungsband mit den noch in sich befindlichen Problemen, mit den Vorgängen der Großmächte in ihrer Vergangenheit und ihren Ausstrahlungen auf Gegenwart und Zukunft und endlich mit den Möglichkeiten möglicher größerer Zusammenfassungen einer ferneren Zeit.

Mit der Einführung in das Gesamtproblem des Prof. Dr. Karl Haushofer beginnt das hier vorliegende Buch.

Die Reihe der Großmächte der Vergangenheit eröffnen Spanien und Portugal, behandelt von Hermann Lautenbach. Es schließt sich die Behandlung der Lateinamerikanischen Staaten durch Otto Maul an. Es folgen die nordeuropäischen skandinavischen Staaten (Hans Schreyer), die Niederlande und ihre Kolonien (L. von Varnen), Belgien und der Kongostaat (Fr. Leyden), die Schweiz von Hans Depler, Jellas und der holländischen Gebiete im Ostindienmeer, verbunden mit dem Ostindienrest in Europa, bearbeitet von Otto Maul.

Dann ein hochinteressanter Abschnitt über die Staaten der europäischen Schützzone, die Staaten zwischen Ostasien und Ostindien und der Sowjetunion, zwischen der Ostsee und dem Mittelmeer, den Umkreis Europas, von Karl Trampel.

Gänzlich ausgearbeitet ist der nahe Osten von Erich Obi sowie die Behandlung des mittleren und ferneren Ostens durch Karl Haushofer.

Der Kontinent Afrika wird auch von Erich Obi beschrieben, Walter Geisler behandelt den Kontinent Australien mit Neuseeland.

Der Schluß des Buches beschäftigt sich mit der aktuellen und hochpolitischen Fragen großer Zusammenfassungen. Karl von Loesch erörtert die Schwierigkeiten und Widersprüche dieser Fragen und legt zum Schluß seiner Ausführungen ganz richtig: über Mitteleuropa führt allein der Weg zu Genuß-Europa.

Banagen wird von Professor Karl Haushofer in genialer Weise und von ganz großen Gesichtspunkten aus bearbeitet.

Otto Maul erörtert die Möglichkeit eines Zusammenfassens der amerikanischen Staaten und Karl Haushofer beschäftigt sich mit panpazifistischen Vorstellungen und Nachträge. Interessant sind die Ausführungen von H. Grobomsky über Völkerverbund, Weltorganisation und Pazifismus.

Karl Haushofer beschäftigt sich mit den abendlichen Widerständen und den Staatenlosigkeit.

Ein Einhang von Heinrich Staude „Die Welt jenseits der Großmächte im Lichte der Statistik“ ist die Abrundung zu diesem neuen geographischen Werte.

Das Buch ist notwendig, um zu zeigen, daß in den Zeiten nichts stillsteht, daß alles in stetem Fluß steht, daß die Großmächte von heute nicht ewigen Bestand haben werden.

Nur die unangewandten Werte, geistliche Kraft und Wille zu Ehre zu Größe, zu Macht, zu Raum und Zahl machen die Staaten groß, lassen den Unterdrückten aufsteigen zu einer ihm gebührender Stellung im Ringe der Völker.

Jenseits der Großmächte“ muß dazu beitragen, das Interesse für geographische Fragen in deutschen Volks zu wecken und in die Gedankenwelt der breiteren Schichten einzuführen. Dr. W.

Berliner Marktberichte

Gemüse Wirsingkohl Berl. Gärtnerware 50 kg 1 bis 10, Blumenkohl je nach Größe 100 Kopl 2 bis 30, do. Suppen 5—10, Mohrruben junge 50 kg 6—12, Kohlrabi Freiland Sommer 1—1.20, Radieschen Schokkold 1.5—1.75, Meerrettich 50 kg 45—50 Petersilie grün je nach Größe 100 Btl. 5—10, Sala Treibland je nach Größe 100 Kopl 5—6, Spina 50 kg 7—11, Pfefferlinge 40—45, Gurken Treibland 1 100 Stk 12—14, do. II 8—9, do. III 4—6, do. Holland 12—23, Spargel 1 50 kg gebündelt 25—28, do. lose —, do. II gebündelt 15—18, do. lose —, do. III 7—10, do. lose —, Edel-Champignons Treibhaus 1 120—140, do. II —, Schoten 14—16, Tomaten Treibhaus A 38—40, do. B 32—34, do. C 20—22, Rhabarber Freiland 1.5—2

Obst Apfel amerik. Kiste 9—13, do. austral. 1 bis 15, Kirschen süße ital. 50 kg 35—45, do. holl. 15—20, do. holl. 15—20, do. holl. 15—15, Stachelbeeren unverse 13—14, do. holl. 11—12, Walderdbeeren 55—70, Erdbeeren hiesig 14 25—30, do. II 17—20, do. Bahler —

Rundfunk

Donnerstag, 23. Juni. 16.30 Nachmittagskonzert 17.30 Tagesfragen des Rechts, 17.55 Der singt re. Soag. 18.30 Das Seeflima als Heilfaktor, 18.55 Frankfurter Abendbrot, 19.10 Mitternacht. 19.10 Wetterdienst. 19.20 Aufnahmungenkonzert. 20.20 Ober entlang. 21.10 Abendmeldungen. 21.20 Den nennenden an der Grenze. 22.10 Nachrichtenabend. 22.20 Feiert zur Sonnenwende. 23. Deutsche Tag. musik.

Freitag, 24. Juni. 5.45 Wetterdienst, vom wirtschaftlichen. 6.00 Morgengymnastik. 6.10 Wetterdienst. 6.20 Morgengymnastik. 7.10 Zeitungsbild. Wetterbericht der Abendmeldungen. 7.10 Brunnentempel. 8.15 Wetterdienst. Haus freuen. Reise-Katzen. 10.50 Vorbericht vom Hamburger Schweinemarkt. 10.50 Nachrichten. 11.30 Mittagskonzert. 12.30 Zeitungsbild. Wetterdienst. 13.30 Konzert. 13.10 Wetterdienst. Wetter-Wechsel. Kriminalroman. 13.10 Kunstversteigerung. 14.10 Nachrichten. 14.10 Kunst für Streicher und Klavier. 15.30 Konzert. 15.40 Schiff jahrsfest.

Verantwortlich: Kurt Thiele, R. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans von Schöner, für den Anzeigenenteil: B. Röhren sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistischer Zeitung. — Für unverlangt eingelegte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch für die zur Redaktion nicht verpflichteten. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Notationsdruck: Meier-Druckerei Bremen.

Die Bonzen kneifen!

Die Verhältnisse bei der Bremer Straßenbahn — Entlassungen und Ueberstunden
Ein tüchtiger Arbeiterrat

Die NSD, Bremen hatte die Straßenbahner für Dienstag zu zwei Versammlungen eingeladen, die am Vormittag und am Nachmittag im „Magdeburger Hof“ stattfanden und ein voller Erfolg waren. Schon lange hatte unter den Bremer Straßenbahner eine stets wachsende Unzufriedenheit mit dem Arbeiterrat sich geäußert. Trotz aller Versagens und trotz aller Angriffe, die wegen dieses Versagens gegen den Arbeiterrat gerichtet wurden, hielt er es nicht für nötig, auch nur einmal der Belegschaft Rechenschaft abzulegen und einen Bericht über seine Tätigkeit — bzw. über seine Nicht-Tätigkeit! — zu geben. Erst als der Druck der NSD, immer größer wurde und die NSD sich mit dem Verhalten des Arbeiterrats befähigte, beugte sich der Arbeiterratsvorsitzende Gustav Schmidt dazu, in der vorigen Woche eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, um Bericht über seine Tätigkeit zu geben. Die Versammlung fand ausgerechnet im „Volkshaus“ — also unter Ausschluß der Öffentlichkeit — statt, denn die Kollegen haben in ihrer Verachtung für die NSD, sich von dem im und am Volkshaus herumliegenden Bananen anpöbeln und angreifen zu lassen und über den Versammlungsort Herrn Schmidt selbst selbst so gar in dieser Versammlung der Mut, sich persönlich zu verteidigen. Er ließ das durch seine Getreuen befehlen und hielt befriedigten den Mund — eine für einen Betriebsratsvorsitzenden etwas zu große Weisheitsheit.

Um Herrn Gustav Schmidt Gelegenheit zu geben, vor einem größeren Kreise der Kollegen über seine Tätigkeit als Arbeiterratsvorsitzender zu sprechen, hatte die NSD, die beiden Versammlungen im „Magdeburger Hof“ einberufen. In der am Vormittag stattfindenden Versammlung war Herr Schmidt nicht erschienen, sondern hatte nur einen „Beobachter“ entsandt. Er schien es dann aber doch für ratsamer zu halten, am Nachmittag selbst zu kommen, begleitet von seinen Getreuen und seinen „geistigen Väter“, Herrn Verdonk. Sie schienen sich in ihrer Haut oder nicht recht wohl zu fühlen und suchten den Leiter der Versammlung, den Kollegen Uebe, durch dumme Zwischenrufe zu stören, was ihnen jedoch erheblich vorzubei. Mit der trefflichen Abrechnung, die er mit ihnen hielt, wurde es Schmidt-Verdonk und den Jüngern offensichtlich immer

unbehaglicher und sie suchten einen Vorwand herbei, um auf gute Art das Hofenpanier ergreifen zu können. Als der Kollege Uebe erklärte, daß es wohl selbstverständlich sei, daß der Arbeiterratsvorsitzende Gustav Schmidt persönlich auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe und Angriffe antwortete und daß er zu diesen Fragen nur Schmidt und nicht einen anderen das Wort geben werde, glaubten die Herren einen solchen Vorwand gefunden zu haben. Sie nannten das eine „Beinträchtigung“ der „Nedersicht“ — ausgerechnet, dabei hätte Gustav Schmidt 10 Stunden reden können, wenn er nur gewollt hätte! — und verließen den Saal, nicht ohne die am Saalausgang stehenden Kollegen von der NSD, zu bedrohen. Dieses Theater hat dem Ansehen der Herren den letzten Rest gegeben und die in der Versammlung anwesenden Straßenbahner waren sich darüber einig, daß es um die Sache des Arbeiterrats verdammt schlecht stehen müsse, wenn er zu solchen Mitteln Zuflucht nehmen muß. Es ist doch ein gar zu großes Kränkungszeugnis für den Arbeiterratsvorsitzenden eines großen Betriebes, wenn er sich durch andere verteidigen lassen muß und schließlich davon läuft, wenn man von ihm verlangt, daß er selbst das Wort nimmt. Auch die Kollegen, die nicht zur NSD, gehören, werden jetzt wohl einschließen haben, daß Gustav Schmidt nicht der richtige Mann ist!

Die rege Sprache in beiden Versammlungen bewies, wie groß das Vertrauen der Kollegen zur NSD, ist, sie zeigte aber auch, daß der Bremer Arbeiter endlich zu erwachen beginnt, daß er das, was ihm seine Bonzen erzählen, kritisch betrachtet und vor allen Dingen die dummen Lügen nicht mehr glaubt, die über Adolf Hitler und seine Bewegung verbreitet werden. Gerade die Bedenken und Fragen, die die einzelnen Arbeiter nach Schluß der Versammlung noch persönlich im Gespräch mit NSD-Leuten und Nationalsozialisten äußerten, zeigen klar, daß der Bremer Arbeiter sich jetzt endlich mit den Herren Adolf Stievers befaßt und seinen Weg zu uns findet, langsam aber sicher, wie es Bremer Art ist!

Beide Versammlungen waren in Bezug auf Verlauf ein voller Erfolg und bewiesen die Richtigkeit dessen, was der Leiter der NSD, Bremen, Kollege Müller, den Versammelten garief:

einen Seite Entlassungen — auf der anderen Ueberstunden mit Einwilligung des Arbeiterrates — und dann reden SPD. und Gewerkschaften noch von der 40-Stundenwoche! Kollege Uebe ging dann noch auf verschiedene Einzelheiten, u. a. Bezahlung der Unterrichtsstunden statt Verrechnung, ein, wo der Arbeiterrat auch völlig verlagert hat. Er hielt es auch nicht für nötig, der Belegschaft, die ihn doch gewählt hat, Rechenschaft zu geben. Erst durch den Druck unserer Opposition hat er sich dazu bequemt. Die einzige Errungenschaft, die Gustav Schmidt für sich verzeichnen kann, ist, daß er Verdonk ein Jahreslohn befoht hat. Bei der Direktion scheint der Arbeiterratsvorsitzende Gustav Schmidt allerdings beliebter zu sein als bei den Kollegen, deren Belange er vertreten soll. Das geht aus einer sehr bedeutenden Äußerung hervor, die Direktor Uhmacher getan hat: „Ich verheße gar nicht, Uebe, warum Sie gegen Schmidt kämpfen. Ich komme sehr gut mit ihm aus!“

Nach den Ausführungen des Kollegen Uebe, die freilich aufgenommen wurden, sprach in beiden Versammlungen der NSD-Leiter über den Nationalsozialismus.

Er befaßte sich in eingehender Weise mit dem Verlangen der SPD, 36 Gewerkschaftsbeamte haben im Reichstag gesessen. Alle Rotverordnungen, alle Verordnungen, die den Arbeiter mehr und mehr verelenden haben, sind mit ihren Stimmen beschloßen worden. 13 Jahre lang hat die SPD, bestimmenden Einfluß auf die Reichsregierung gehabt oder selbst in der Regierung gesessen. 10 Jahre lang war Otto Braun ununterbrochen preußischer Minister. Was haben sie er-

reicht? Sie haben nicht einmal den Versuch gemacht, auch nur einen Teil von dem wahrzumachen, was sie versprochen haben! Wir sind nicht gebunden an die Regierung Papen, wir haben unabweisend ihre Rotverordnungen abgelehnt und keinen Zweifel daran gelassen, daß wir solche Maßnahmen nicht billigen. Aber wir wehren uns dagegen, daß die Verantwortlichen der letzten 13 Jahre, die das Elend über Deutschland brachten, ihre ungeheure Schuld abwägen mögen auf eine Regierung die kaum 14 Tage im Amt ist. Kollege Müller behandelte dann in scharfer Weise, die Haltung Gustav Schmidts und seiner Freunde, die aus der Versammlung donniesien, weil sie über ihr Tun und Lassen keine Rechenschaft geben konnten. Wir Nationalsozialisten sind von anderem Pflichtbewußtsein gegenüber dem Arbeiter erfüllt und werden besser für seine Belange eintreten, Müller wies dann noch auf die Tatsache hin, daß der Senat, vertreten durch die Polizeibehörde, das Ausschließungsrecht über die Straßenbahn habe und daß außerdem 67 Prozent des gesamten Aktienkapitals in Händen des bremischen Staates seien. Trotzdem 6. März im Senat sitzen, hat dieser nichts unternommen, um die unzulässigen Verhältnisse bei der Straßenbahn abzuändern. Kollege Müller schloß seine mit Beifall begrüßten Ausführungen mit der Versicherung, daß wir trotz aller Widerstände die Straßenbahn erobern würden.

In beiden Versammlungen fand eine Aussprache statt, in der verschiedene Kollegen Anfragen stellten und ihre Erfahrungen mit dem Arbeiterrat schilderten. In der Versammlung am Nachmittag unterzog der Kollege Billens das Verhalten des Arbeiterratsvorsitzenden einer vernünftigen Kritik. Der diese Ausführungen hörte, der Begriff, warum Gustav Schmidt so fluchtartig den Saal wieder verlassen hatte!

Die NSD, wird ihren begonnenen Vormarsch unbehindert und ohne Zögern fortsetzen. In den nächsten Wochen werden Belegschaftsversammlungen sämtlicher Bremer Betriebe stattfinden. Gg.

Wir werden die Bremer Straßenbahn erobern!

Beide Versammlungen wurden vom Kollegen Uebe geleitet, der in scharfer und gründlicher Weise mit der bisherigen Arbeit und Haltung des Arbeiterrats und seines Vorsitzenden abrechnete. Bei den vorigen Betriebsratswahlen seien von

Schmidt und Gefinnungsgegnern Flugblätter herausgegeben worden, die das, was die Nationalsozialisten sagten, als Lüge und als unwichtig hinstellten. „Der keine Lohnabzug will, der wolle die freigewerkschaftliche Hilfe!“ — so schloß eines dieser famosen Flugblätter. Alles was die Nationalsozialisten gesagt und vorausverkauft haben, ist eingetroffen, auch der Lohnabzug und keine freigewerkschaftliche Hilfe habe etwas daran geändert. Gegen alle Versprechungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat der Arbeiterrat nichts unternommen. Um die Entlassung der 35 Kollegen zu verhindern, hat der Arbeiterrat Konzeptionen an die Direktion bezüglich Verlegung der freien Tage gemacht. Trotzdem wurden die Kollegen entlassen, ohne daß der Arbeiterrat etwas unternahm. Obenwiegend unternimmt er etwas gegen das dauernde Schinden von Ueberstunden. Auf der

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
Sommernachtsfahrt
nach Helgoland
Hinfahrt am 25. Juli
Bremen (Freihafen) - Helgoland (Landesbr.)
Rückfahrt am 26. Juli
Helgoland - Bremerhaven mit D. „Roland“
Bremerhaven-Bremen (HfL) mit der Eisenbahn
Fahrpreis RM. 8,50 einschließlich Dampfer- und Eisenbahnfahrt
Fahrkarten und Auskunft durch die Vertretungen des Nord. Lloyd

Die Einstellung der deutschen Frau zur Politik

Vor etwa Jahresfrist prangte an den Titelseiten der großen und auch kleinen Oden ein Aufruf der SPD, (im Volksmund heute nur noch „Kaiser-Partei“ Deutschlands genannt) angeführten Inhalts: „Wertvolle Frauen in Stadt und Land, hütet euch vor den Rasteln! Ihr Berliner Gauleiter, Dr. Goebbels, hat in öffentlicher Versammlung erklärt: Die Frau gehört nicht in die Politik. Die Frau soll Magd und Dienerrin des Mannes sein.“

Zugegeben, daß Dr. Goebbels sich vielleicht ähnlich ausgedrückt hat, so hat er es zum mindesten nicht so zusammengefaßt gefolgt, was das rote Revolutionsgelächel in seltsamen Angewandten an den Organen der Rotenfronten und ihrer Diener im Kgl. Marfunk zu Berlin in den Wintermonaten des Jahres 1918 — dies in seinem Aufruf wiederholt. Vielmehr hat es Dr. Goebbels so gemeint, wie mit deutschen Frauen es verfahren sollten und auch verfahren haben.

Die Frage, welche Stellung die deutsche Frau im politischen Leben einnehmen soll, ist jetzt wieder brennend geworden, wo wir vor Reichstagswahlen im Reich stehen.

Die Frau gehört in allererster Linie ins Haus und in die Familie! Das steht nun einmal unwandelbar fest. Dort ist ihr Reich. Dort ist die Hausfrau und Oberrin, Pflegerin ihrer Kinder und Kameradin ihres Mannes. Und wenn die Anforderungen des heutigen Systems und Nationalsozialisten entgegenhalten: Ja, es gäbe aber eben Dinge, in denen die Frau anders empfindet als der Mann, und das persönliche Auftreten der

Frau vor der Öffentlichkeit sei zur Verteidigung der Frauenrechte unbedingt erforderlich, so müßte wir darauf erwidern: Es gibt Hunderte von Möglichkeiten in Vereinigungen, Verbänden und Spardarstellungen, wo den männlichen Reichs- und Landtagsabgeordneten klar gemacht werden kann, welche Forderungen die Frau stellt, und in welcher Weise die Abgeordneten diese Frauenforderungen zu vertreten haben. Diese vorherigen Gespräche und Verhandlungen dürfen fruchtbringender sein als das völlig zwecklose „In die Politik reiten“ in den Parlamenten, wo noch nie ein Abgeordneter überzeugt worden ist. Die einzelne Partei bestimmt, nachdem der Kandidat hinter den Kulissen von Parlament getrieben war.

Diejenigen Frauen, die im Parlament sitzen, sind entweder freie Hausfrauen im eigentlichen Sinne, denn sie haben ja gar nicht die Zeit, sich in den Wochen und Monaten, in denen sie in diesem hohen Hause sitzen, sich um ihre Hausaufgaben zu kümmern, oder aber die Abgeordneten sind so reichlich, daß sie sich Köchin, Hausfütterinnen und Erzieherinnen halten können, und sind sie erst recht nicht in der Lage, die Wille einer Hausfrau zu wahren oder gar zu verstehen, ganz abgesehen davon, daß die Frau — und dieses offene Bekenntnis werden wir keine Gefühlsgeheimnisse öffentlich nicht ablehnen — in politischen Tagesgesprächen an Achtung und Würde einbüßt, ganz gleich, ob sie in blauen Zylinderenden oder im schwarzen „Herrschminkt“ auftritt. Sie verliert unter belächelten Zwischenspielen viel schneller der Selbstachtung als der Mann, weil die politische Mission der

Mann, weil die Frau von Natur aus empfindsamer ist, und so muß dann die erhoffte Wirkung meistens ausbleiben. — Oder glauben Sie, meine lieben Volksgenossinnen, daß es im ungeheuren Maße einen schönen Eindruck macht, wenn 3. D. der bel Freund und Feind im Weltkrieg gedankt, mit dem Erben Bour se Mühe ausgezeichnete Mitglieder des Reichstags als weiblicher Fräulein und aller Praktiker im Reichstag ein Meier über Scherfragen hält, und wenn dann die Volkstänzer der Kommunisten, die zögerliche, zahnlöse Klara Zettin, geb. Eisner, mit trübsamer Stimme Zwischenrufe macht, die durch keine Sachkenntnis irgendwie getrübt sind.

Soll nun hierüber die deutsche Frau sich politisch überhaupt befähigen? O nein! Im Gegenteil! Die Frau muß politisch geschult sein. Versteht sie doch schon durch die glückliche Weimarer Verfassung das Wahlrecht! Und wer ist es denn, der zuerst merkt, wenn der Kuchtopf leer ist, und wenn die hungrigen Mäuler nach Brot schreien?

Das ist doch in allererster Linie die Hausfrau! Und dann grübelt sie und versucht zu ergründen, wo die Schuld liegt, daß der wirtschaftliche Ruin von Tag zu Tag katastrophaler wird. Und wenn sie dann im nationalsozialistischen Sinne geschult ist, wird sie erkennen, daß das System der letzten 13 Jahre in Deutschland schuld daran ist, daß die Einkommen von Monat zu Monat geringer werden, daß allein dieses System es ist, welches ihren Kindern bereits in der Schule ein politisches Hausbekenntnis aufzwingen will, welches alles andere nur nicht deutliches Gellies ist. Wenn sie dann durch die politische Schulung diese Erkenntnis gewonnen hat, dann schreitet sie mutig im berechtigten Verantwortungsbereich für Familie und Volk zur Aufgabe und wirft ihre Stimme — vielleicht sogar entscheidend — in die Reichstagskammer. Das ist die politische Mission der

deutschen Frau!

Hierzu überläßt sie es den nationalsozialistischen, in harter Schule herangebildeten und in heißen Kämpfen erprobten Männern, für das Schaffen der deutschen Volk die Wege erringen.

Dies ist aber nicht nur die Pflicht der deutschen Frau und Mutter, sondern auch der wohlberedigten Mädchen und Jungfrauen.

Der Frau steht nun kein eigener Haushalt und kein noch nicht das eigene Familienbild. Denn aber daran, daß ihr diesem Lebensziel eines jeden deutschen Mädchens nur nähergebrach werden kann, wenn die Idee unseres großen Führers Adolf Hitler, dessen Mahnung in die künftigen Sitten und die größten Politiken gedrungen ist, verwirklicht wird, wenn das Volk aus seiner sittlichen und wirtschaftlichen Gefährdung so schnell wie möglich wieder herausgeführt wird, und wenn dadurch der deutsche Mann in die Lage versetzt wird, so viel zu verdienen, daß er es vor seinem Gewissen verantworten kann, einen eigenen Hausstand zu gründen.

Wir deutschen Frauen begreifen es daher, daß die Reichsteilung der NSDAP, keine Frauen in die Parlamente entsendet. Das Reich der Frau muß das Haus und die Familie bleiben. — Haushalt, Kinder und schließlich auch der Mann müssen verwahrt werden, wenn die Frau durch öffentliche politische Betätigung ihrem Grenzplan und angeordneten Wirkungsbereich auf längere Zeit entzogen wird. Die hieraus sich ergebenden Folgen können wir selber so oft beobachten, wo die Frau — Gott sei es gefallt — geburten ist, beruflich tätig zu sein, weil die Jugend-Wirtschaft in Deutschland die teure Arbeitskraft des Mannes nicht mehr gebrauchen kann und damit den beruflichen Ernährer der Familie um sein Brot gebracht hat.

Frauentum ist letzten Endes Selbstliebe.

Grundlegende Anträge der NSDAP

Befätigung des Landtagspräsidenten — Unsere Arbeit in den Ausschüssen

Berlin, 21. Juni 1932. (Eigenbericht.)

Für die am Mittwoch, mittags 1 Uhr stattfindende 10. Sitzung des Preussischen Landtages ist folgende Tagesordnung vorgelegt. Die erste und zweite Beratung der Anträge der Nationalsozialisten, die die Gewährung von Straffreiheit fordern, steht als erster Punkt auf der Tagesordnung. Durch die Mandate der Sozialdemokraten in der letzten Nachsitzung des Preussischen Landtages waren die Nationalsozialisten gezwungen, diese Anträge erneut einzubringen. Zur Beratung steht weiter der Antrag auf Gehaltung von Kundgebungen am 28. Juni seitens der Studentenschaft gegen das Versailler Friedensdiktat. Der dritte und vierte Beratungsgegenstand ist der wichtigste und einschneidendste des neu gewählten Landtages, da er die endgültige Wahl des Präsidenten des Landtages und der drei Vizepräsidenten vornehmen soll.

Hier wird sich endgültig die klare Scheidung der Parteigruppierungen zeigen. Da namentlich der Hauptauschuss seine Tätigkeit aufgenommen hat, sollen die üblichen Berichte, die sich über die Arbeitslosigkeit, die Aufhebung der Kürzungen der Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungen erstrecken, dem Plenum mitgeteilt werden. Ob dann noch weiterhin die gemeinsame Beratung der Anträge der Kommunisten, die sich mit der Aufhebung der Konfiskation, Aufhebung aller Anordnungen für kirchliche Zwecke und Auflösung des Freidenkerverbandes befassen, zur Beratung kommen, wird von der Zeit abhängen, die noch zur Verfügung steht. Interessant ist es, daß der kommunistische Wurmfortsatz, den das Zentrum benutzt, um die Nationalsozialisten in der Erregung der Macht in Preußen zu befeuern, gerade mit seinen antisemitischen Anträgen die Tagesordnung füllen hilft.

Anschließend an die Plenarsitzung des Preussischen Landtages finden sehr viele Ausschusssitzungen statt.

Änderungen in den Ausschüssen

In den Hauptauschuss des Landtages tritt Hr. Abg. Pa. Saake der Abg. Pa. Turt, in den Untersuchungsausschuss für Abg. Pa. Rube, Hr. Abg. Pa. Richter, in den Geschäftsausschuss für Abg. Pa. Rube, Hr. Abg. Pa. Bracht, in den Ausschuss für Verfassungsfragen für Abg. Pa. Rube, Hr. Abg. Pa. Pargmann, in den Wohlfahrtsausschuss für Abg. Pa. Schumann, Hr. Abg. Pa. Straßweg, in den Ausschuss für Beamtenfragen für Abg. Pa. Sohn, Hr. Abg. Pa. P. 14. arstl.

Die Unterabteilungen der Polizei

Hr. Karl Heinrich, M.D., als Obmann der Beamtenfragen der Prektion hat im Auftrag der Prektionführung antwortende Instruktion getroffen und das Referat „Polizeibeamte“ in 4 Gruppen aufgestellt:

Mit der Bearbeitung des Referats „Polizeibeamte“ ist Hr. Schramm beauftragt. Dieses Referat wird in vier Unterabteilungen eingeteilt.

1. Kriminalpolizei. Bearbeitung: Hr. edgo Kriminalpolizei, Bearbeitung: Hr. Schramm. Schutzpolizei. Bearbeitung: Hr. Schleemann, Berlin. Landjäger. Bearbeitung: Hr. Palm, Köln-Maden. Kommunalpolizei. Bearbeitung: Hr. Einpanner, Straßburg.

Kort mit Schwarz-Rot-Gold!

Wir fordern Verzicht auf Flaggen in Reichsfarben.

Ein Antrag

Der Fraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im preussischen Landtag korrespondiert:

In den Pachtverträgen über Staatsdomänen und sonstige kaiserliche Grundstücke pflegt ein Passus enthalten zu sein, wonach die Pächter dieser Grundstücke verpflichtet sind, an bestimmten Tagen des Jahres in den Reichsfarben zu flaggen. Es bedeutet dies eine in einer Demokratie unzulässige Einwirkung auf die politische Meinungsbildung des auf Grund eines Pachtvertrages das Grundstück innehabenden Besitzers.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, alle unterstellten Behörden anzuweisen, sofort den Pächtern und Mietern kaiserlicher Grundstücke mitzuteilen, daß es unzulässig ist auf das in Pacht- und Mietverträgen niedergelegte Recht, die Beflaggung der ermieteten und erpachteten Grundstücke mit Flaggen in den Reichsfarben zu verlangen, verzichte.

Jüdische Konkursverwalter

Die Auswahl der Zwangsverwalter und Konkursverwalter erfolgt durch die zuständigen Abteilungen der Amtsgerichte.

Bei den Amtsgerichten Berlin-Mitte und Berlin-Charlottenburg liegt diese Aufgabe in den Händen zweier jüdischer Richter.

In der Riste der Zwangs- und Konkursverwalter dieser Richter erscheinen ausfallend viel jüdische Kaufleute und Rechtsanwälte.

Abgesehen davon, daß diese aus allgemeiner Erwägung heraus als minder geeignet angesehen werden müssen, das verantwortungsvolle Amt eines Zwangs- oder Konkursverwalters auszuüben, werden dadurch in wirtschaftliche Verhältnisse geratene deutsche Geschäftsteile jüdischen, als arischen Verwaltern ausgeliefert. Auch wird hierdurch geschädigten deutschen Kaufleuten und Anwälten

die Möglichkeit einer dem Unterhalt ihrer Familien dienenden Arbeit beseitigt.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, 1. darauf hinzuwirken, daß die Riste der Zwangsverwalter und Konkursverwalter bei den Amtsgerichten Berlin-Mitte und Berlin-Charlottenburg so geändert wird, daß der Hundertstel jüdischer Zwangs- und Konkursverwalter den Hundertstel an Juden in der Gesamtbevölkerung Preußens nicht übersteigt, 2. eine allgemeine, dem zu 1. vorgetragenen Gesichtspunkt entsprechende Anweisung zu erlassen.

Weg mit den Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützungen

Der Regierungspräsident Dr. Friedensburg in Kassel hat für den Kreis Schmalfelden angeordnet, daß mit sofortiger Wirkung die Mithilfe für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger um etwa 12 Prozent gekürzt werden. Es ist dies der einzige Fall im Regierungsbezirk Kassel.

Infolge der außerordentlichen Notlage des Kreises Schmalfelden beantragen wir:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, die zuständigen Stellen anzuweisen, 1. dem Herrn Regierungspräsidenten in Kassel Anweisung zu geben, die betreffende Verfügung sofort zurückzuziehen, 2. die Mithilfe in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen, 3. die bereits weniger ausgezahlten Beträge sofort nachzuzahlen.

Wir fordern Rüfenschuh!

Ein weiterer Antrag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Landtag korrespondiert:

Durch die Dezemberstürme 1931 haben die Selbstkassen nicht nur des nördlichen, sondern auch des westlichen Landes (Kreise) schweren Schaden erlitten. Es sind wiederum weitere größere Landverluste durch Rüfenabtrag eingetreten.

Die Vereinigung „Samländischer Rüfenschuh“ zu Königsberg (Preußen) hat bereits mit Schreiben vom 15. Januar 1932 eine Unterstützung aus Mitteln der Rüfische beantragt.

Der rote Bürgerkrieg

Schwerer Überfall von Reichsbanner-Wegelegern auf SS-Männer

Schwerte, 22. Juni. (Eigenbericht.)

Ein Trupp von acht SS-Männern vom Sturm 2 Offen i. B., die sich auf einer Dienstreise befanden, wurden auf der Landstraße Schwerte-Wehofen kurz vor der Drifflast Wehofen von ca. 150-200 Reichsbanner-Angehörigen überfallen. Die Marxisten hatten das Kommen der SS bemerkt und einen planmäßigen Überfall inszeniert. Als die SS-Leute die Straße passierten, brachen die roten Wegeleger aus den Linsen von der Landstraße anfallenden Wäldern hervor, umgelenkten die einzelnen dahergehenden SS-Männer und bearbeiteten die Parteigenossen mit Dolch, Messern, Stöcken und Steinen, dabei, daß keiner ohne Verletzungen davonging. Der SS-Trupp konnte sich noch bis zum nächsten etwa 800 m

entfernten Gange schleppen, wo er schwer verletzt zusammenbrach. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte einen Augenschuß sowie mehrere durch Steinwürfe und Stochschläge verursachte Verletzungen fest. SS-Mann Theo Vogt erlitt eine schwere Stichverletzung am Kopf, konnte aber nach Ablegung eines Verbandes den Heimweg wieder antreten. Alle übrigen P.A. erlitten leichtere Verletzungen. Nach dem Überfall verschwanden die Mordbrüder unter Mithilfe eines Fahrrades und mehrerer Ausrichtungsgenossen, jedoch nicht ohne vorher alle übrigen Männer zu demütigen.

Die Polizei der Drifflast Wehofen glaubte nicht eingreifen zu brauchen, da der Überfall nur wenige Meter von der Drifflast entfernt war!

Schutzölle für die deutsche Forstwirtschaft

Die Einfuhr russischen Bau- und Forstholzes hat zur vollständigen Niederlage unserer Forstwirtschaft geführt. Dies hat zur Folge, daß durch das Niederlegen der deutschen Forstwirtschaft Abertausende deutscher Waldarbeiter brot- und existenzlos geworden sind. Es ist Lebensnotwendigkeit eines Volkes, die Erzeugnisse deutschen Bodens zu bevorzugen und zu schützen. Es ist weiter Pflicht, die Quellen deutscher Arbeit und Lebenserwerb zu schützen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß neue energetische Maßnahmen durch Schutzölle getroffen werden, die eine Einfuhr russischen Holzes vollständig unterbinden.
2. umfassende Maßnahmen zu treffen, die eine Veranozung deutschen Holzes bedeuten und neue Wege zum Schutze der nur auf diesen Erwerbszweig angewiesenen deutschen Waldarbeiter darstellt.

Einstellung von Hilfskräften zur Wahlhilfe

Aleine Anfrage des Abgeordneten Richter.

Von staatlichen und kommunalen Behörden werden, besonders für die Wahlvorbereitung, Hilfskräfte eingestellt. Dabei wird nicht immer nach sachlichen Erwägungen verfahren.

Ich frage das Innenministerium: Ist es bereit, sofort eine Anweisung an sämtliche Verwaltungsbehörden ergehen zu lassen, daß bei Einstellung von Hilfskräften

1. nach Eignung für die betr. Arbeiten,
2. nach der Dauer der Arbeitslosigkeit Einstellungen vorgenommen werden, insbesondere anzunehmen, daß für Büroarbeiten nur arbeitslose Angestellte hinzugezogen werden.

Sicherungsschuh für den gewerblichen Mittelstand

Mit schwerer Sorge sieht der gesamte deutsche Mittelstand der zunehmenden Verdrängung seiner Existenz entgegen. Unzählige Tausende von Einzelhändlern, Handwerklern, Gewerbetreibenden haben die Möglichkeit selbständigen Broterwerbs verloren und fallen in ständig zunehmender Zahl der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last. Um der deutschen Wirtschaft die unentbehrlichen Mittel- und Kleinbetriebe zu erhalten, wie es in Artikel 104 der Reichsverfassung vorgehoben ist, wird daher beantragt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Staatsministerium wird ersucht, umgehend alle geeigneten gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dem gesamten Handwerk und Gewerbe, sowie dem Einzelhandel, einen umfassenden Sicherungsschuh gegen Zwangsverdrängung zu gewähren, und zwar in derselben Form und demselben Umfang und derselben Zielbauer wie er beim Hilfssozialversicherungsgesetz vorgehoben ist.
2. Auf die Reichsregierung einzunwirken, gesetzliche Maßnahmen in der zu 1. angegebenen Richtung für das ganze Reichsgebiet zu treffen.

Demonstrationsfreiheit

In offenkundiger Mißachtung der Reichsregierung hat die Landesregierung des Landes Baden ein allgemeines Versammlungsverbot ausprochen. Durch dieses Beispiel erklärt, loben die Preussische Regierung und Verammlungsverbote dem Himmel befehen bleibt. Durch wird in dem größten Lande der endende Kampf um die Verfassung des Reichs im deutschen Reich in der unerhöflichen Weise beendet.

Wir beantragen deshalb:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Demonstrations- und Versammlungsverbot für Versammlungen auf freiem Himmel wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Ein Jude Dezerent für Wehrtrag

Beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ist der jüdische Oberregierungsrat Lehmann mit der Bearbeitung des politisch Dezerents und der Wehrtragen beauftragt. In der letzten genannten Eigenschaft hat es sich, die Verbindung mit dem Wehrkreisamt man zu halten und mit dieser Stelle zusammenarbeiten.

Hierbei hat der Oberregierungsrat Lehmann aus der seiner Klasse entsprechende Einstellung heraus allen Widerstand entgegen gesetzt und dadurch das notwendige Einnehmen verhindert.

Aus diesem Grunde hat bereits der Preussische Provinziallandtag in seiner allwiegenden Mehrheit den Oberregierungsrat Lehmann als zur Erfüllung des ihm übertragenen Amtes ungeeignet erklärt. Trotzdem hat der Oberpräsident seine Befehlsgewalt, dem Oberregierungsrat Lehmann durch eine geeignete Person zu ersetzen.

Wir fragen das Staatsministerium:

Ist es bereit:

1. den Oberpräsidenten anzuweisen, Bearbeitung der Wehrtragen an den Oberregierungsrat Lehmann zu entscheiden?
2. Zu veranlassen, daß gegen Oberregierungsrat Lehmann ein Disziplinarverfahren wegen grober Amtspflichtverletzung eingeleitet wird?

Einstellung der Kündigung bei der Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat et planmäßige Kündigungen jahrelang dort beschließen Tarifarbeiter in das Verhältnis 1 Zeitarbeiter mit dem Ende der Entlassung verfügt. Diese Maßnahme stellt nicht nur eine für die soziale Gerechtigkeit, sondern auch einen unerbittlichen Eingriff in die Rechte und Existenz langjähriger bei der Reichsbahngesellschaft beschäftigten deutschen Arbeitern dar. Es besteht für die davon Betroffenen ihr Alter keine Möglichkeit, jemals in eine Lebenserwerbs zu finden. Die Maßnahme der Reichsbahngesellschaft ist unbedingt durch nichts zu rechtfertigen, solange die Führer der Reichsbahndirektoren sich in Höhe von mehreren zehntausend Mark pro Jahr wegen.

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. bei der Reichsregierung hinzuwirken, daß die Reichsbahn Aktiengesellschaft alle Maßnahmen der Kündigung sofort einstellt,
2. alle bisher erfolgten Kündigungen des Arbeitsverhältnisses von Tarifarbeitern das Arbeitsverhältnis rückgängig zu machen werden.
3. Alle seit dieser Maßnahme erfolgten Kündigungen rückgängig gemacht werden in die bereits Entlassenen wieder bei der Reichsbahngesellschaft eingestellt werden.

Konsumverein als staatlicher Brotlieferant

Aleine Anfrage

Wir fragen an:

1. Ist dem Preussischen Staatsministerium bekannt, daß die Belieferung der Stettiner Schutzpolizei mit wöchentlich 8 Broten dem Konsumverein in Stettin übertragen worden ist?
2. Ist dem Preussischen Staatsministerium bekannt, daß diese Auftragserteilung eine Verletzung der Anordnungen der Reichsregierung darstellt und auch den Beschluß des Reichstages zuwiderläuft?
3. Im bejahenden Falle: Was geht die Preussische Staatsregierung zu tun, um das belästigte Widerstand mit der Belieferung der Stettiner Schutzpolizei beantragt wird?